

P R O T O K O L L
der 463. Sitzung des Parlaments

Datum	Dienstag, 18. August 2026
Zeit	19.30–21.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Grossen Gaby
Mitglieder	Althaus Stämpfli Annette, Anliker Sophia, Arnold Luc, Balmer Thomas, Beck Hanna, Bless Adrian, Engel Carmen, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gashi Hilmi, Grütter K. Urs, Held Lorenz, Kaczala Gregor, Kearns Francine, Koelbing Martin, Lauper Reto, Legler Bettina, Legler Vanessa, Liechti Erika, Messerli Patricia, Müller Kearns Alan, Perler Sandra, Racine Raphaël, Reich Julien, Sager Manuel, Schenk Johanna, Scherrer Annette, Siebenrock-Häberli Charlotte (ab 19.40 Uhr), Soder Rolf, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo, Zurlinden Noémie, Zwahlen Michèle
Stimmenzählende	Mäder Renate (in Vertretung), Angelo Zaccaria (in Vertretung bis 19.45 Uhr), Grossenbacher Franziska (ab 19.45 Uhr)
Vertreter des Gemeinderats	Köbeli Jan, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Bircher Laura, Grubwinkler Christa, Häuselmann Bernhard, Siegenthaler Muinde Gabriele
Sekretariat	Schönholzer Katja, Gemeindeschreiberin ad int.
Zusätzlich anwesend	Schneider André, Geschäftsleiter Gemeindebetriebe Muri bei Bern (gbm) (Trakt. 4), Roger Weyermann, Leiter Finanzen und Controlling gbm (Trakt. 4) Gaudens Yves, Leiter Umwelt und Verkehr (Trakt. 5)
Entschuldigt abwesend	Parlament: Buff Ronald, Eggli Caterina, Matter Andreas, Lucas Christoph GR: Klopstein Carole
Protokoll	Schweizer Corinne

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2026	393
2.	Ersatzwahl Sportkommission	393
3.	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für das Jahr 2026	394
4.	Jahresrechnung, Spartenrechnungen und Geschäftsbericht 2025 der Gemeindebetriebe Muri bei Bern (gbm); Kenntnisnahme	394
5.	Tannackerstrasse: Entflechtung öffentliche Beleuchtung und Strassensanierung; Verpflichtungskredit	400
6.	Sitzungstermine 2027	408
7.	Postulat Fraktion Grüne, Koelbing (forum): «Fusswegverbindung Thoracker–Egghölzli realisieren»; Zwischenbericht	409
8.	Motion Legler (SP): «Anpassung des Lärmschutzreglements betreffend Feuerwerk mit Knalleffekten»	410
9.	Interpellation Grütter (SVP): «Werbedienstleistungen für Nahestehende?»	411
10.	Interpellation Grütter (SVP): «Fernwärmeprojekt 2. Etappe, Pumpversuch»	412
11.	Einfache Anfrage Bless (FDP): «Situation beim Bahnhofli Muri / Tramhaltestelle nach der Neugestaltung»	413
12.	Informationen des Gemeinderats und der parlamentarischen Kommissionen	413
13.	Neue parlamentarische Vorstösse	414

Die Vorsitzende: Ich begrüsse die anwesenden Parlamentsmitglieder, den Gemeindepräsidenten, die Mitglieder des Gemeinderats, die Vertretungen aus der Verwaltung, die Presse und unseren Gast Severin Kearns zur 463. Sitzung des Parlaments von Muri-Gümligen. Bei Traktandum 5 wird Bernhard Häuselmann die Vertretung für die heute abwesende Carole Klopstein übernehmen. Wir sind im Moment 34 Ratsmitglieder und somit beschlussfähig, zwei Parlamentsmitglieder treffen später noch ein. Seitens der Verwaltung sind zur Auskunftserteilung bei Traktandum 4 André Schneider, Geschäftsleiter gbm, und Roger Weyermann, Leiter Finanzen und Controlling gbm, anwesend, und zur Auskunftserteilung bei Traktandum 5 ist Yves Gaudens, Leiter Umwelt und Verkehr, anwesend. Speziell begrüssen möchte ich noch einmal Severin Kearns.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Die Vorsitzende: Heute ist unser Stimmenzähler Res abwesend. Gemäss Art. 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung schlägt die SVP für die heutige Sitzung als Ersatz Renate Mäder vor. Ihr seid sicher damit einverstanden. – Das scheint der Fall zu sein.

Renate Mäder wird für die laufende Sitzung stillschweigend als Ersatz für den abwesenden Andreas Matter als Stimmenzählerin gewählt.

Die Vorsitzende: Die zweite Stimmenzählerin, Franziska Grossenbacher, erscheint später und wird bis dahin von Angelo Zaccaria vertreten. Wir haben im Ratsbüro miteinander abgemacht, dass es einen fliegenden Wechsel geben wird, sobald Franziska da ist. Ich denke, ihr seid mit diesen Lösungen einverstanden. – Das scheint der Fall zu sein. Damit sind wir hier oben vollzählig und somit handlungsfähig.

1. Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2026

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

2. Ersatzwahl Sportkommission

Das forum schlägt anstelle des zurückgetretenen Mathias Wälti für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2028, als Mitglied der Sportkommission vor:

Kearns Severin
Lernender Polymechaniker
Quartierweg 9
3074 Muri

Beschluss

Als Mitglied der Sportkommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2028, einstimmig gewählt:

Severin Kearns, 3074 Muri, forum

Severin Kearns nimmt die Wahl an.

3. Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für das Jahr 2026

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident) verzichtet auf das Wort.

Die Vorsitzende: Es handelt sich um ein jährlich wiederkehrendes Wahlgeschäft. Trotzdem frage ich die Ratsmitglieder, ob das Wort aus der Ratsmitte gewünscht wird. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Der Gemeinderat schlägt als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnung 2026 die Wirtschaftsprüfungs-, Treuhand- und Beratungsgesellschaft BDO AG in Burgdorf vor.

Beschluss (34 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnung 2026 wird die BDO AG, Burgdorf, gewählt.

4. Jahresrechnung, Spartenrechnungen und Geschäftsbericht 2025 der Gemeindebetriebe Muri b. Bern (gbm); Kenntnisnahme

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung sind André Schneider, Geschäftsleiter gbm, und Roger Weyermann, Leiter Finanzen und Controlling gbm, anwesend.

Raphael Weibel (für die GPK): Bei einer Kenntnisnahme liegt die Messlatte zur Beurteilung, ob das Geschäft gut vorbereitet ist, auf einer anderen Höhe als bei Geschäften, bei denen das Parlament einen Entscheid treffen darf. Nachdem uns jetzt heute per E-Mail noch die Spartenrechnung zugestellt wurde, sind die Unterlagen aus Sicht der GPK vollständig. Über den Inhalt, den Detaillierungsgrad, die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren, die Bewertungen und die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze hat sich die GPK in ihrem Bericht zur Verwaltungskontrolle 2025 genügend geäussert. Auf jeden Fall begrüssen wir, dass der Abschluss 2026 nach dem neuen Rechnungslegungsstandard «Swiss GAAP FER» erstellt wird und wir nachher vielleicht eine etwas fundiertere Kenntnisnahme vornehmen dürfen. Die GPK empfiehlt Eintreten auf das Geschäft.

Gabriele Siegenthaler Muinde (Gemeinderätin): Wir nehmen heute die Jahresrechnung, die Spartenrechnungen und den Geschäftsbericht 2025 der Gemeindebetriebe zur Kenntnis. Die vorliegende Berichterstattung wird ausdrücklich als Übergangslösung bezeichnet. Ihr habt es gehört, wir werden für die nächste Jahresrechnung nach «Swiss GAAP FER» vorgehen. Das heisst, die Unterlagen für das Parlament werden dann auch wieder etwas anders aussehen. Damit einher

geht, dass die Vergleichbarkeit nicht zu 100 Prozent gegeben sein wird. Aber wir haben uns gesagt, wir machen schon heute einen Schritt in Richtung Transparenz, und haben in der Diskussion mit der Finanzkommission das heute vorliegende Format gemäss den erhaltenen Wünschen umgesetzt.

Inhaltlich zeigt die Rechnung ein insgesamt erfreuliches Bild. Die gbm haben auch im letzten Jahr einen betriebswirtschaftlichen Gewinn erwirtschaftet. Vor dem Rechnungsausgleich der Spezialfinanzierungen beträgt dieser rund CHF 555'000. Handelsrechtlich schliesst die Rechnung der gbm wie jedes Jahr – das ist die langjährige Praxis –, mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

Ebenso wichtig ist der Blick auf den effektiven Geldfluss. Der operative Cashflow beträgt im Jahr 2025 rund CHF 5,7 Mio. Gleichzeitig werden CHF 7,8 Mio. investiert. Das zeigt einerseits, dass die gbm aus dem laufenden Betrieb substanzielle Mittel erwirtschaften. Andererseits stehen sie vor einer hohen Investitionstätigkeit, insbesondere mit dem Ausbau der Fernwärme.

Genau hier liegt aus meiner Sicht eine zentrale Aussage dieser Rechnung. Die gbm sind ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen und stehen gleichzeitig vor einer grossen Transformation und vor erheblichen Investitionen. Das verlangt eine sorgfältige Steuerung von Investitionen, Verschuldungen und Ertragskraft.

Die Rechnung zeigt zudem, dass die Fernwärme schon heute Auswirkungen auf die Ertragslage der gbm hat. Der Mehrabsatz bei der Fernwärme wirkt positiv auf das Ergebnis, während gleichzeitig der Ausbau, wie schon erwähnt, erhebliche Investitionen erfordert. Die gbm können und wollen aber das Basisprojekt aus eigener Kraft finanzieren und haben die entsprechenden Finanzmittel auch am Finanzmarkt gesichert. Für das Erweiterungsprojekt ist, wie ihr hier auch schon ein paarmal gehört habt, hingegen eine finanzielle Unterstützung vonseiten der Gemeinde nötig.

Auch die weiteren Sparten verdienen unsere Aufmerksamkeit. Bei Wasser und Abwasser geht es vor allem um den längerfristigen Werterhalt der Infrastruktur, während bei der Telekommunikation der Abschluss des Glasfaser-Ausbaus und die Neuausrichtung mit «Surf Local» anstehen. Die damit verbundenen kurzfristigen Ertragseinbussen werden bewusst in Kauf genommen, damit wir längerfristig unsere Margen verbessern können. Insgesamt vermittelt die Jahresrechnung aus meiner Sicht ein Bild von Gemeindebetrieben, die wirtschaftlich solide unterwegs sind und gleichzeitig ihre grossen strategischen Herausforderungen verantwortungsbewusst angehen.

Ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeitenden, der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat der Gemeindebetriebe für die geleistete Arbeit und die transparente Berichterstattung, in die viel Aufwand floss, ganz herzlich danken. Im Namen des Gemeinderats bitte ich euch, auf das Geschäft einzutreten und die Unterlagen zur Kenntnis zu nehmen. Merci vielmals.

Eintreten wird nicht bestritten. Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Hilmi Gashi (Grüne): Die Jahresrechnung 2025 nehmen wir dankend zur Kenntnis. Es zeichnet sich ein positives Bild der gbm. Die Gemeindebetriebe sind finanziell solide aufgestellt, verfügen über eine hohe Eigenkapitalquote und erwirtschaften weiterhin einen betriebswirtschaftlichen Gewinn. Besonders erfreulich ist die Entwicklung bei der Fernwärme. Der Absatz steigt, die Zahl der Anschlüsse wächst. Das heisst auch, dass die Bevölkerung die Fernwärme eigentlich schätzt und dass die Strategie funktioniert und von der Bevölkerung eben aufgenommen wird. Die Fernwärme ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch

die richtige Antwort auf den absehbaren Rückgang des Gasgeschäfts. Auch die Fortschritte bei der Reduktion der Wasserverluste und die Investitionen in eine zukünftige Infrastruktur verdienen unsere Anerkennung. Gleichzeitig darf man nicht die Herausforderungen vergessen oder unterschätzen. Der operative Cashflow ist, Gabriele hat es schon gesagt, zurückgegangen. Die Investitionen in die Fernwärme belasten die Finanzierung zunehmend, und mit der Aufnahme zusätzlicher Schulden steigen auch die finanziellen Risiken.

Ich möchte auch noch gerne etwas zum Fachkräftemangel positiv erwähnen. Im Teil der gbm zum Personal sieht man, dass bei den gbm die Fachkräfte doch ziemlich gesichert werden konnten. Dies dadurch, dass man wenige oder fast keine Abgänge hatte, die man nicht geplant hat, und gezielte Weiterbildung eingesetzt hat. Das ist natürlich ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung der Energiewende und der Projekte. Denn das Know-how ist ein entscheidender Erfolgsfaktor, und es ist gut, wenn es im Unternehmen bleibt.

Zusammenfassend: Die gbm investieren heute mutig und vorausschauend in eine klimafreundliche Energiezukunft. Diesen Weg unterstützen wir als Grüne sehr. Gleichzeitig erwarten wir Transparenz. Die neuen Rechnungslegungsregeln versprechen das: Transparenz bei den Risiken, bei den Investitionen und bei der Finanzierung.

Wir schliessen uns dem Dank an die Mitarbeitenden, an die Geschäftsleitung und an den Verwaltungsrat für ihre Arbeit an und nehmen die Jahresrechnung, wie gesagt, zustimmend zur Kenntnis.

Lorenz Held (FDP): Besten Dank für die Jahresrechnung und die Spartenrechnung, die wir zeitlich sehr knapp erhielten, sowie für den Geschäftsbericht der gbm.

Unsere Fraktion verzichtet im Hinblick auf die laufende Anpassung von Reglement und Eigentümerstrategie wie auch der Rechnungslegung auf eine vertiefte Würdigung. Was wir uns aber ganz generell wünschen in diesem ganzen Prozess: Wir wünschen uns einen Fokus der Geschäftsfelder. Insbesondere bezüglich Telecom gibt es für uns einige Fragezeichen. Weiter erhoffen wir uns durch die neu aufgebaute Jahresrechnung nach «Swiss GAAP FER» mehr Transparenz und bessere Entscheidungsgrundlagen.

Zum Schluss eine Anmerkung zur Revisionsgesellschaft. Das wurde bei uns diskutiert. Üblicherweise wäre jetzt Zeit für einen Wechsel. Wir sehen aber ein oder verstehen, dass es im Rahmen der Umstellung auf «Swiss GAAP FER» im Moment vielleicht unklug wäre und die Zusammenarbeit sicher von Nutzen ist. Wir bitten aber die gbm respektive den Verwaltungsrat der gbm, diesen Wechsel dann auch einmal vorzunehmen. Danke vielmals.

Martin Koelbing (forum): Das forum dankt den gbm für die sorgfältige Berichterstattung und das grosse Engagement für diese Geschäftsfelder. Insbesondere die Neuausrichtung im Geschäftsfeld Telecom mit «Surf Local», mit der Loslösung von Quickline, mit dem Ausspielen der Stärken, nämlich der Nähe zu den Kundinnen und Kunden in der Beratung, leuchten dem forum ein, wenn es auch durchaus sieht, dass durch die Loslösung von Quickline die gbm natürlich eine sehr kleine Mitspielerin auf einem hart umkämpften Markt wird. Wir wünschen den gbm deshalb einfach ein gutes Bestehen als kleiner Zwerg neben diesen grossen Mitspielerinnen.

Detailberatung und weitere Wortmeldungen

K. Urs Grütter (SVP): Ich komme mir jetzt vor wie der Spielverderber. Wir sind alle sehr froh um diese gbm. Sie bieten uns diese Dienstleistungen wunderbar an. Ich bin mit der Telekom auch äusserst zufrieden, das kann ich sagen. Aber wir wissen alle, dass die gbm beabsichtigen, ein sehr grosses Geschäft betreffend Fernwärme einzugehen. Und wir wissen auch alle, dass der Gemeinderat und die gbm im

Herbst 2024 den Bericht von «Bolz + Partner» gekürzt haben und gewisse Probleme und Vorbehalte, die «Bolz + Partner» angebracht haben, unter dem Deckel behielten. Nach Interventionen aus unserer Mitte wurde uns schliesslich der vollständige «Bolz + Partner»-Bericht zugänglich gemacht. Er ist jetzt auf der Webseite der Gemeinde aufgeschaltet, wie es sich gehört. Darin wurde das Rechnungswesen generell gerügt. Es sei für den finanziellen Umfang der gbm ungenügend. «Bolz + Partner» schlugen vor, dass neu nach «Swiss GAAP FER» Rechnung gelegt werden soll. Das kam am 12. August 2024, vor mehr als zwei Jahren, heraus. Jetzt bin ich ziemlich perplex. Zwei Jahre später wird diese Rechnung 2025 immer noch nur nach OR vorgelegt. Weiter habe ich gestern in der Vorbereitung in den Unterlagen die Spartenrechnung gesucht. Obwohl hier im Titel Spartenrechnung steht, war im Bericht nur eine Spartenzusammenfassung. Ich musste die Spartenrechnung noch blitzartig nachverlangen. Sie war heute Morgen zum Glück im E-Mail. Sonst hätte ich euch Nichteintreten vorgeschlagen.

Ich muss schon die Frage stellen, was sich der Gemeinderat und die gbm eigentlich vorstellen mit diesen Manövern. Der Gemeinderat und die gbm haben nach dem Herbst 2024 Vertrauen verspielt. Vertrauen, das sie für die Bewilligung des Megakredits, der jetzt vor der Tür steht, dringend nötig hätten. Und wie kann man jetzt Vertrauen wiederherstellen beziehungsweise schaffen? Sicher nicht dadurch, dass man weiterhin Informationen zurückhält oder erst liefert, wenn man wirklich insistiert. Die Rechnung und Spartenrechnung sollten jetzt subito, und zwar rückwirkend bis und mit dem Jahr 2024, auf «Swiss GAAB FER» umgestellt und auf der Webseite der gbm publiziert werden. Das würde Vertrauen schaffen, für jeden Investor, und eine gewisse Timeline, bevor die grosse Investition kommt. Denn es ist ja ein alter Trick irgendwelcher Unternehmenssanierer, dass sie, bevor sie die Unternehmung sanieren, zuerst einmal die ganze Buchhaltung auf den Kopf stellen, damit man keinen Vorjahresvergleich mehr machen kann. Das haben die gbm nicht nötig. Die gbm haben nötig, Transparenz zu geben. Der Gemeinderat, der sonst bei jeder Gelegenheit Transparenz predigt, sollte diese Transparenz jetzt auch leben. Und wenn diese Transparenz gelebt wird, dann wächst auch wieder Vertrauen. Und das Vertrauen ist für die Bewilligung des Megakredits, der in der einen oder anderen Form auf uns zukommt, ganz wesentlich die Voraussetzung.

Noch ganz konkret, warum «Swiss GAAB FER». Die bisherige Rechnungslegung gemäss OR unterstand im Wesentlichen dem Vorsichtsprinzip. Das heisst, man bewertet alles möglichst tief und sagt: Es geht uns zwar ziemlich schlecht, aber wir schaffen es gerade noch. Wenn man «True and Fair View» anwenden würde und sagen würde: «Was ist da eigentlich?», dann sieht es plötzlich ganz anders aus. Ich weise jetzt auf diesen «Bolz + Partner»-Bericht des Jahres 2024 hin, also den ungekürzten Bericht. Darin ist auf S. 40 festgehalten, dass: «zwischen internen und externen Zahlen wesentliche Abweichungen resultieren». So ist zum Beispiel der Wert des Anlagevermögens intern im Jahr 2019 knapp viermal so hoch wie derjenige, der extern ausgewiesen wurde, im Jahr 2022 noch rund zweieinhalbmal. Und wir sprechen hier von CHF 111 Mio. zu CHF 33 Mio. oder von CHF 130 Mio. zu CHF 36 Mio. Eine solche Rechnungslegung taugt einfach nicht dazu, dass man nachher der Unternehmung das Vertrauen entgegenbringt für einen Megakredit. Das möchte ich einfach festhalten. Die farbigen Hochglanzprospektchen, die da als Jahresbericht bezeichnet werden, die schaffen von mir aus gesehen weder Vertrauen noch Transparenz. Sie sind viel zu aufwändig für eine im Wesentlichen in einem Monopolbereich tätige Unternehmung. Wer sechsstelligen Summen für Kommunikation im Bereich Energie ausgeben muss, der ist für mich verdächtig. Weshalb sprechen diese Projekte und Zahlen nicht für sich selbst?

Dafür ist man dann beim Rechnungswesen geizig und bei der Offenlegung der Zahlen. Eine Darstellung der Jahre 2024 und 2025 nach «Swiss GAAB FER» dürfte kaum diese CHF 130'000 Kosten verursachen, die als Werbekosten im Jahr 2025 bei der Energie eingestellt wurden. Die bisherige Hochglanzpolitik ist keine gute Politik. Das muss sich ändern, und zwar rasch. Wenn der Gemeinderat und die gbm

Vertrauen schaffen wollen, damit schliesslich CHF 50 Mio. gesprochen werden, dann müssen sie dafür sorgen, dass die detaillierten Zahlen regelmässig und automatisch offengelegt werden.

Mein Aufruf an die Gemeinderäte, die sonst immer Transparenz predigen: Jetzt Transparenz! Sonst gefährdet ihr das Generationenprojekt Fernwärme. Merci.

Raphael Weibel verzichtet für die GPK auf ein Schlusswort.

Gabriele Siegenthaler Muinde (Gemeinderätin): Ich möchte mir erlauben, kurz etwas zur Telekommunikation zu sagen, die angesprochen wurde. Es ist ein Gebiet, das vielleicht eher wenig im Fokus ist. Aber auch da gilt, ihr wisst es: Dieser Markt ist speziell unterwegs, und die gbm haben längere Zeit geschaut, wie sie sich aufstellen wollen, und haben den Entschluss gefällt, die Kündigung bei Quickline einzureichen und ein eigenes Produkt zu lancieren. Wenn ihr eigenes Produkt hört, meint nicht, dass die gbm es selbst entwickeln. Das ist vollkommen verkehrt. Sondern wir arbeiten mit etablierten Produkten am Markt, die wir quasi einkaufen und mit unserem Labeling dem Kunden dann weiter zur Verfügung stellen. Damit stellen wir sicher, dass wir topmoderne Angebote haben, die wirklich am Markt bestehen können. Aber wir haben bessere Margen, als wir es bisher bei Quickline hatten. Was man auch dazu sagen muss, ist, dass wir in der Telekommunikations-sparte einerseits das Netz, also das Glasfasernetz, haben; und wir haben andererseits die Angebote, den Vertrieb, mit dem wir dem Kunden Produkte verkaufen. Der Vertrieb dieser Produkte leistet auch einen Beitrag zur Rentabilisierung des Netzes. Man kann nicht einfach nur ein Netz haben und sagen, den Vertrieb lassen wir sein, das ist zu schwierig, oder was auch immer. Sondern wir brauchen diesen Vertrieb auch, weil über die Netzgebühren quasi auch die Finanzierung des Netzes sichergestellt wird. Wir haben festgestellt, dass die gbm mit dem Quickline-Shop einen unglaublich wertvollen USP am Markt haben. Denn man spricht tatsächlich mit jemandem, wenn man anruft, und es kommt jemand vorbei. Man kann in einen Laden gehen. Man kann mit jemandem sprechen. Man muss nicht irgendwie auf einer Plattform irgendwas eingeben und dann schauen, was passiert. Von dem her haben die gbm erkannt, dass sie abgesehen vom Gebiet Muri-Gümligen in der nahe angrenzenden Nachbarschaft – etwa Egghölzli, Stadt Bern oder meinetwegen auch einmal ennet der Aare in Belp – durchaus Potenzial haben, um Kundinnen und Kunden zu gewinnen. Selbstverständlich ist es ein schwieriger Markt, es wird uns nicht einfach in den Schoß fallen. Wir wollen auch nicht mit Salt, Sunrise, Yallo – oder welche Billigmarken es auch immer gibt – konkurrieren. Sondern wir sind klar in einem Segment unterwegs, in dem ein Kunde eine gewisse Qualität wünscht, eine gewisse Dienstleistung, und dafür auch bereit ist, etwas mehr zu bezahlen. Dies selbstverständlich in einem sehr vernünftigen Ausmass. So viel zur Umgestaltung der Telekommunikation. André, ich hoffe, ich habe alles richtig gesagt.

André Schneider: Es ist so. Quickline ist gewachsen. Man muss auch wissen, die Fenaco-Gruppe ist jetzt auch drin bei Quickline. Sie haben auch andere Markenstrategien, und das nimmt uns eigentlich auch die Marge für den Betrieb. Ihr habt vielleicht auch schon gesehen, dass man bei einem neuen Abonnement noch etwas obendrein bekommt. Was es mit einem Internetanschluss zu tun hat, weiss ich nicht. Aber Fakt ist, dass wir es mitbezahlen und es nicht unbedingt die Kunden anspricht, die wir suchen. Da bin ich jetzt ganz ehrlich. Das ist einmal der eine Teil. Dann noch wegen der Revisionsstelle. Ja, wir werden mit der Einführung von «Swiss GAAB FER» eine neue Revisionsstelle haben. Wir fanden es einfach unglücklich, jetzt mit der Umstellung auf «Swiss GAAB FER» einen neuen Revisor zu haben. Denn die gbm machen seit gut fünf Jahren die Buchhaltung selbst, einfach, damit wir das auch einmal gesagt haben. Wir sind ja wirklich am Hochfahren dieser Buchhaltung. Und rückwirkend einfach vier Jahre «Swiss GAAB FER»

zu machen, wurde im Verwaltungsrat und auch in der Geschäftsleitung sehr lange diskutiert. Aber es ist irgendwo eben auch ein Ressourcenproblem. Denn parallel dazu entwickeln wir ja das Fernwärmeprojekt, das entsprechende Ressourcen bindet.

Dann punkto dieser Rechnung hier: Da sind wir mit der Finanzkommission wirklich 100 Prozent «in line». Wir liessen uns auch beraten. Wir haben auch alle Wünsche der Finanzkommission aufgenommen und die Rechnungslegung jetzt neu so gemacht. Ich verstehe Herrn Grütter, als er seine Spartenrechnung gesucht hat. Deshalb haben wir diese auch noch nachgereicht. Ich halte mich einfach auch an meine Prozesse, zu denen ich verpflichtet bin. Aber ich sage es euch jetzt gerne noch einmal: Wenn ihr ein Interesse habt, gewisse Zahlen zu sehen oder so, dann meldet euch bei uns. Wir öffnen gerne die Bücher für euch. Ihr könnt es euch anschauen und Auskunft erhalten.

Gabriele Siegenthaler Muinde (Gemeinderätin): Ich möchte gerne auf die Fragestellung zurückkommen, weshalb «Swiss GAAB FER» erst auf die Rechnung 2026 hin. André hat es gesagt, es ist ein beträchtlicher Aufwand, eine Buchhaltung auf «Swiss GAAB FER» umzustellen, und man hat in enger Absprache mit der Finanzkommission die Entscheidung getroffen, dass man es für die Rechnung 2026 macht. Ich erinnere mich, dass wir hier standen und uns für das unersperrliche Vorgehen mit dem «Bolz + Partner»-Bericht entschuldigt haben, weil gewisse Informationen nicht zu euch gelangt sind. Ich würde beliebt machen, dass wir diese Situation jetzt einfach ruhen lassen. Denn es wurden wirklich erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Transparenz zu verbessern. Die Botschaft, die ihr heute habt, ist wesentlich umfangreicher als das, was ihr in anderen Jahren erhieltet. Das merkt ihr ja selbst. Der ganze Inhalt wurde eng mit der Finanzkommission abgesprochen. Sie sagte, was sie in diesem Bericht gerne sehen würde, damit sich das Parlament eine gute Übersicht über die Finanzlage der gbm verschaffen kann.

In den Vorgaben der Finanzkommission war leider die Spartenrechnung nicht sehr prominent. Deshalb wurde sie hier bedauerlicherweise nicht automatisch mitgeliefert. Aber es ist in keiner Art und Weise unsere Absicht, irgendetwas nicht offenzulegen, sondern wir haben im Gegenteil versucht, unseren Job möglichst gut zu machen und die Anforderungen der Finanzkommission möglichst punktgenau umzusetzen. Dabei ist leider etwas vom Tisch gefallen.

Ich möchte einfach darum bitten, zur Kenntnis zu nehmen und zu würdigen, dass von den gbm wirklich erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um die Transparenz zu verbessern und euch gute Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Wenn es weitere Vorschläge für Verbesserungen gibt, kann man sie jederzeit bei uns deponieren und wir nehmen sie entgegen. Aber ich würde mir wünschen, dass wir nach vorne blicken und jetzt auch gemeinsam in eine neue Richtung steuern. Nächstes Jahr kommt, wie gesagt, «Swiss GAAB FER», und dann werden wir zumindest diese Diskussion hinter uns lassen können. Merci vielmals.

Kein Rückkommen.

Die Jahresrechnung, die Spartenrechnungen und der Geschäftsbericht für das Jahr 2025 der Gemeindebetriebe Muri bei Bern (gbm) werden zur Kenntnis genommen.

5. Tannackerstrasse: Entflechtung öffentliche Beleuchtung und Strassensanierung; Verpflichtungskredit

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Ihr habt im Vorfeld online per E-Mail mit Datum von Sonntag, 16. August, den überarbeiteten Antrag der Grünen auf Rückweisung des Geschäfts erhalten. Dieser Antrag liegt auch schriftlich beim Eingang auf, sodass wir alle vom Antrag und dessen Begründung Kenntnis haben. Gemäss Art. 29 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates stimmen wir am Schluss der Beratung über den Antrag ab. Zur Auskunftserteilung begrüssen wir Yves Gaudens, Leiter Umwelt und Verkehr.

Noémie Zurlinden (für die GPK): Ich kann es kurz machen. Die GPK dankt für das Geschäft. Es ist gut vorbereitet und beschlussfähig, und so können wir das Eintreten auf das Geschäft empfehlen.

Markus Bärtschi (Gemeinderat): Ich äussere mich auch gleich zu diesem Rückweisungsantrag, in der Hoffnung, dass ich mich nachher kürzer fassen oder schweigen kann.

Es geht beim beantragten Kredit um die Sanierung des Strassenkörpers. Das heisst, es ist das Bauteil, das irgendwo auf Frosttiefe beginnt und nach oben bis zum Deckbelag geht. Wie der Strassenraum oben künftig gestaltet sein wird, habt ihr schon beschlossen. Es ist Teil des Ersatzes der flankierenden Massnahmen. Diesbezüglich befinden wir uns im Umsetzungsverfahren. Es läuft ein Baubewilligungsverfahren. Der Plan ist: Wenn die gbm ihre Leitung gebaut haben und eben der Strassenkörper saniert ist, dann möchten wir im Zuge derselben Baustelle auch noch die Möblierung, Markierung und Gestaltung des Strassenraums vornehmen.

Die Gestaltung selber ist nicht Gegenstand des Kredits, den wir beantragen. Wir könnten die beschlossenen Massnahmen der Verkehrsumgestaltung auch umsetzen, ohne jetzt den Strassenkörper zusammen mit den gbm zu sanieren. Wenn wir aber nach Abschluss des anstehenden Bauvorhabens der gbm, das sowieso stattfindet, den Anschluss verpassen, dann ist das Ergebnis durch die erheblichen Einschränkungen während der Bauzeit als Gegenleistung ein zusätzlicher Flickstreifen auf dieser schlechten Strasse und dann irgendwann eine zweite Baustelle. Denn eine schlechte Strasse werden wir irgendwann trotzdem sanieren müssen.

Die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen können wir auch auf der schlechten Strasse machen. Die hat aber ein relativ kurzes Leben. Denn wir müssen sie dann wieder machen, wenn wir eben die Strasse sanieren. Eine Wiedervorlage des Geschäfts kann bei einer Zurückweisung in jedem Fall nicht zeitnah erfolgen. Der Zeitplan der gbm steht, und aus den genannten Gründen macht eine zeitnahe Sanierung mit einem Abstand dann keinen Sinn. Wir würden nach Abschluss der Bauarbeit die beschlossenen Massnahmen markieren und müssten dann neu beurteilen, wann wir die umfassende Sanierung angehen wollen oder müssen.

Wir führen solche Sanierungen aus guten, bewährten Gründen im Gleichschritt mit den Gewerken aus. Es sind ja nicht nur die gbm, es ist auch die BKW, es ist auch die Swisscom, die Leitungen in unseren Gemeindestrassen haben.

Erstens haben wir Kostenvorteile bei der gemeinsamen Ausführung. Zweitens haben wir eine maximale Lebensdauer der Strasse, weil eine nicht geflickte, also nicht aufgerissene Strasse länger lebt als eine, die Pflaster drauf hat. Und drittens ersparen wir der Bevölkerung Baustellen. Denn wenn wir es zusammen machen können, gibt es einfach eine weniger, als wenn wir es seriell machen. Und der letzte Punkt ist gerade an der Tannackerstrasse besonders bedeutsam, denn dort wird es einen erheblichen Eingriff in unser Verkehrssystem bedeuten, sie während der Bauzeit maximal im Einbahnverkehr betreiben zu können. Das möchten wir nicht

zweimal hintereinander machen, und ich glaube, es würde auch nicht verstanden. Die ausgeführten Gründe für den Rückweisungsantrag passen nicht zur Tannackerstrasse. Es ist eine wichtige Ortsverbindungsstrasse mit hohen Frequenzen, und sie ist verkehrorientiert. Die Kreuzungssituation und der Schwerverkehr sind ein Fakt. Diesen müssen wir berücksichtigen. Wir können nicht darüber abstimmen, ob wir das wollen.

Der Abschnitt gehört zum Busnetz des RBS, und die Erschliessung der Anstösser, auch mit Schwerverkehr, muss gewährleistet sein. Gemäss VSS-Normen bedeutet das eine Fahrbahnbreite von 6,90 Metern plus Wegführung für die Fussgänger. Wir haben dort beidseitig vorhandene Trottoirs. Eines würde grundsätzlich zur Disposition stehen. Aber sie sind beide gut genutzt, und ich glaube, der Rückbau eines Trottoirs in diesem Bereich würde nicht verstanden; er ist nicht angezeigt. Die Abteilungen Umwelt und Verkehr haben gemeinsam ein Pilotprojekt angestossen, bei dem sie das künftige Vorgehen bezüglich Begrünung, Beschattung und Schwammstadt erarbeiten wollen. Wir wollen dabei auch experimentieren, wir wollen testen und messen. Das Projekt findet an einem wesentlich besser geeigneten Ort statt, nämlich im hinteren Teil des Kräyigenwegs. Die Kenntnisse und Erfahrungen, die wir dort gewinnen, sollen nachher in die Sanierungen der Detailerschliessungsstrassen einfließen. Aber bezüglich der Ortsverbindungsstrasse und insbesondere derjenigen, die Bestandteil des Netzplans des RBS ist, ist davon auszugehen, dass der aktuell vorhandene Verkehrsraum den Normen entspricht und ungeschmälert erhalten bleiben muss. Da können wir allenfalls unterirdische Massnahmen sowie solche im angrenzenden Raum realisieren. Das Geschäft, wie es beantragt ist, entspricht unserem üblichen Vorgehen. Die vergleichsweise höheren Kosten folgen aus der Arithmetik, Länge mal Breite, des betroffenen Abschnitts. Es ist ein grosses Vorhaben, und proportional gehen auch die Kosten hoch. Also, wir sanieren zusammen mit den Gewerken. Das heisst, wir haben einen Kostenteiler und müssen nur den Anteil von dem bezahlen, was die anderen nicht eh aufgraben. Das Ergebnis, das wir erhalten, ist eine gesamterneuerte Strasse mit einer höheren Lebenserwartung. Und gleichzeitig erfolgt die Entflechtung der öffentlichen Beleuchtung. Auch dazu habe ich noch Fragen zwar nicht schriftlich erhalten, aber gehört. Es geht um die Verlegung eigener Kabel zu den Lichtpunkten unserer öffentlichen Beleuchtung. Mit diesen machen wir uns gemäss den getroffenen Beschlüssen vom Netz der BKW insofern unabhängig. Man muss wissen: Historisch hat die BKW unsere Beleuchtung nicht nur einmal gebaut, sondern auch betrieben. Es gab keinen Bedarf für separate Leitungen, und sie haben jeden Kandelaber dort angeschlossen, wo es gerade einfach ging. Wir haben zunehmend gemerkt, dass wir mit der BKW gar keine Wahlfreiheit haben, um den immer höher werdenden Kosten, auch für den Betrieb des Netzes, auszuweichen. Deshalb haben wir im Zuge der Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung gesagt: Klar, wir sind Kunde bei der BKW, aber wir wollen den Töff selbst haben oder den Mixer, den wir einstecken. Und dafür müssen wir schauen, dass wir alle Leitungen zu diesen Kandelabern, die bestehen und, abgesehen davon, auch im Unterhalt nicht attraktiv sind, durch neue, eigene Leitungen ersetzen. Dann sind wir marktfähig, dann können wir es ausschreiben, auch für den Betrieb und Unterhalt.

Im Einzelfall kann man das immer rausstreichen. Das ist euer Privileg. Aber grundsätzlich macht es Sinn. Es ist jeweils ein kleiner Anteil der Kosten, dass man, wenn die Strasse schon offen ist, die Leitungen einlegt und die Beleuchtung an unser eigenes Netz anschliesst.

Die Tannackerstrasse gehört zustandsmässig zu den schlechteren bis schlechtesten Strassen im Gemeindestrassennetz. Wir erheben sie regelmässig automatisiert. Sie wäre schon länger für eine Sanierung fällig gewesen. Die Sanierung wurde herausgezögert, weil man von den Plänen der gbm wusste und es eben umgekehrt auch keinen Sinn macht, eine schöne neue Strasse zu bauen, wenn nachher ein grosser Bagger kommt.

Die Anwohner und der Quartierleist wurden immer wieder getröstet, und es wäre Schindluderei, wenn wir die Arbeiten nicht jetzt ausführen würden, wo es die Baustelle sowieso gibt wegen der Leitung der gbm, und die Strasse noch weiter verfallen lassen würden, um dann trotzdem eine zweite Baustelle eröffnen zu müssen, wenn wir dann doch sanieren. Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat, diesem Verpflichtungskredit zuzustimmen. Merci vielmals.

Eintreten wird nicht bestritten. Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Sandra Perler (Grüne): Wir haben es schon gehört, wir von der Fraktion Grüne beantragen die Rückweisung des Geschäfts Sanierung Tannackerstrasse. Und zwar nicht, weil wir gegen eine Sanierung sind, sondern weil uns die vorliegende Planung nicht überzeugt.

Ich beginne bei einem Punkt, der uns besonders stört, und das ist der Landschaftsrichtplan. Im Landschaftsrichtplan ist die Tannackerstrasse explizit markiert, mit einer grünen Signatur. Im Massnahmenblatt dazu geht es um das Aufwertungspotenzial der Strassenräume, um Grünstreifen, um Bäume zur Verbesserung des Lokalklimas. Dieser Landschaftsrichtplan ist behördenverbindlich. Die Gemeinde hat diesen Landschaftsrichtplan selbst erarbeitet oder zumindest begleitet und beschlossen, und der Kanton hat ihn genehmigt.

Soll von Inhalten eines behördenverbindlichen Instruments abgewichen werden, müssen doch zumindest im Vorfeld alle Umsetzungsmöglichkeiten in Betracht gezogen und geprüft werden. Und wenn, dann braucht es wenigstens einen lückenlosen Nachweis, dass eine richtplankonforme Umsetzung objektiv gesehen unmöglich oder unverhältnismässig ist. Beides wurde im vorliegenden Fall nicht gemacht oder aufgezeigt. Der Richtplan wird in der Vorlage nicht einmal erwähnt. Deshalb sagen wir: Dieses Geschäft muss zurück an den Gemeinderat!

Aber eigentlich geht es noch um viel mehr als um eine rechtliche Frage. Es geht um die Frage, wie wir unsere Gemeinde auf die Zukunft vorbereiten. Klimaanpassung ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Und ja, der Gemeinderat tut bereits wertvolle Dinge. Zum Beispiel wurden bei der Beethovenstrasse Parkplätze entsiegelt und bei der Pourtalèsstrasse sind verschiedene Massnahmen vorgesehen. Das anerkennen wir ausdrücklich.

Gerade deshalb stellt sich die Frage: Warum nicht hier? Warum nicht auch bei der Tannackerstrasse? Die kantonalen Planungshinweiskarten zeigen für die Tannackerstrasse schon heute eine starke bis sehr starke Wärmebelastung. Bis zum Jahr 2060 wird sie voraussichtlich von sehr stark bis extrem ansteigen. Bei der Beethoven- und Pourtalèsstrasse ist die Hitzebelastung weniger gross, und dort wiederum sind Massnahmen vorgesehen. Wir fragen uns: Wo ist da die Logik? Ich bin Planerin, und was ich im Berufsalltag wirklich schlecht akzeptieren kann, ist die Aussage, es geht nicht. Natürlich gibt es Zielkonflikte. Und natürlich ist die Tannackerstrasse sehr anspruchsvoll. Aber wenn man will und wenn man über Fachdisziplinen hinausdenkt und bereit ist, wirklich Lösungen zu entwickeln, dann findet man in aller Regel Möglichkeiten und Kompromisse.

Dabei ist es auch egal, ob wir von einer stark befahrenen Strasse sprechen oder es um eine weniger stark befahrene Quartierstrasse geht. Wir müssen von Fassade zu Fassade denken und nicht von Randstein zu Randstein.

Ein Blick auf das Luftbild zeigt auch bereits erste Ansätze. Könnten zum Beispiel Privatflächen einbezogen werden? Dazu möchte ich kurz eine Klammer öffnen: Das Einbeziehen von Privatflächen ist nichts Ungewöhnliches, wenn es um Strassenumgestaltungen geht. Wir können nach Belp schauen, nach

Ostermundigen, nach Köniz, eigentlich überallhin. Damit schliesse ich die Klammer wieder.

Könnten weitere Möglichkeiten oder Ansätze, könnten eben angepasste Temporegimes Spielraum schaffen? Könnten Trottoirs anders angeordnet oder anders dimensioniert werden? Vielleicht müssen nicht beide auf beiden Seiten gleich gross und gleich gut ausgebaut sein. Es geht uns dabei überhaupt nicht darum zu sagen, so und so müsse es gemacht werden. Was wir sagen, ist: Prüft es, sucht Lösungen und kommt mit einer besseren Vorlage zurück!

Jetzt einfach noch zum Schluss: Stellen wir uns doch zusammen vor, wie sich diese Strasse in 20 oder 30 Jahren anfühlt, wenn das Projekt so, wie es vorliegt, umgesetzt wird. 37 Grad, vielleicht 39 Grad, an absoluten Rekordtagen auch noch etwas mehr; viel Asphalt, kein Grün, kein Schatten und pralle Sonne. Wir können es uns wahrscheinlich gar nicht vorstellen. Es ist nicht vergleichbar mit dem, was wir jetzt gerade hatten. Für viele – nicht für viele, sondern eigentlich für alle Fussgängerinnen, Fussgänger und Velofahrende wird das extrem belastend sein, vor allem für die Älteren unter uns, und zu denen werde ich bis dann auch gehören. Es macht mir wirklich Sorgen.

Das kann nicht unser Anspruch sein. Niemand will diese Zukunft für sich selbst oder für seine Familie. Wir können es so auch nicht für andere Leute planen. Wir können die Klimaveränderung nicht allein aufhalten. Aber bei der Anpassung an den Klimawandel sieht es anders aus. Das haben wir ganz alleine in unseren Händen. Eine Ausrede wird es dafür dereinst nicht geben. Wir haben das Wissen. Wir haben die finanziellen Möglichkeiten.

Deshalb bitten wir euch, dass ihr unserem Rückweisungsantrag zustimmt. Merci.

Lorenz Held (FDP): Danke vielmals für deine Erläuterungen, die ich sehr interessant fand. Unsere Fraktion wird dem Geschäft aber trotzdem zustimmen. Die Erläuterungen von Markus Bärtschi zeigen, dass es nicht einfach darum geht, eine Entflechtung der Beleuchtung zu machen. Sondern es geht um eine Strasse, die in einem entsprechenden Zustand ist, und darum, dass diese Entflechtung höchstens ein angenehmer Nebeneffekt ist. Im Kern geht es um die Sanierung einer Strasse in schlechtem Zustand und darum, dass dabei die Entsiegelung, soweit vernünftig machbar, betrieben wird. Und dass sich die Gemeinden an die Vorgaben des Landschaftsrichtplans halten, das setzen wir voraus.

Patricia Messerli (forum): Grundsätzlich unterstützt das forum die Gesamtsanierung der Tannackerstrasse ebenfalls. Es ist sinnvoll, wenn mit dieser Sanierung gleichzeitig auch die vom Grossen Gemeinderat im November 2024 beschlossenen Massnahmen umgesetzt werden.

Wir haben aber noch ein anderes Anliegen. Seit der Aufhebung der zeitlich beschränkten Zubringerregelung werden die Tannacker- und die Feldstrasse wieder stärker als Zufahrtsrouten genutzt. Das führt für die Anwohner zu einer erhöhten Verkehrs- und Lärmbelastung und erschwert auch das Überqueren der Strasse sowie das Einfahren aus den Seitenstrassen. Betroffen sind vor allem Schülerinnen und Schüler und Velofahrerinnen und Velofahrer, die diesen Abschnitt täglich brauchen. Wir hätten uns deshalb gewünscht, dass ein Flüsterbelag eingebaut wird, um die Lärmbelastung für die Anwohner zu reduzieren, so wie es beispielsweise vor ein paar Jahren bei der Thunstrasse in Muri gemacht wurde. Angesichts der erheblichen Verkehrs- und Lärmbelastung für das Quartier erscheint uns auch hier eine entsprechende Prüfung angezeigt.

Wir haben uns bei der Gemeinde erkundigt und haben erfahren, dass ein Teil der Häuser vor 20 Jahren lärmsaniert wurden, und es wurden auch Lärmschutzwände gebaut. Aber wenn man es sich anschaut, ist nicht die ganze Tannackerstrasse mit Lärmschutzwänden ausgerüstet. Es gibt in unserer Gemeinde eigentlich die Vorgabe, dass bei Strassensanierungen immer geprüft werden soll, ob der Einbau eines Flüsterbelags erforderlich ist. Wir erhielten heute kurz vor Beginn dieser

Sitzung ein E-Mail der Gemeinde. Man hat uns auf unsere Rückfrage schriftlich zugesichert, dass die Prüfung betreffend Lärmschutz beziehungsweise Flüsterbelag – das ist der Begriff, den man dafür verwendet – nicht gemacht wurde und man bereit sei, es im Rahmen dieses Sanierungsprojekts nachzuholen, und natürlich ergebnisoffen. Scheinbar zeigen zwar die Zahlen, dass der Verkehr im Vergleich zum Verkehr, den man vor zehn Jahren hatte, eher abgenommen hat. Aber ich finde, wenn man diese Prüfung macht, muss man ergebnisoffen sein und auch schauen, was die Vorgaben waren, beispielsweise bei der Thunstrasse oder bei anderen Strassen, bei denen man einen solchen Flüsterbelag eingebaut hat. Auf jeden Fall danken wir der Gemeinde für dieses Entgegenkommen, stellen aber auch hier fest, dass eine Vorgabe, die es bei diesen Sanierungen eigentlich gibt – so, wie es eben scheinbar auch beim Landschaftsrichtplan eine Vorgabe gibt –, nicht umgesetzt wurde. Wir sind aber froh, dass wir jetzt relativ pragmatisch und schnell von der Gemeinde die Zusicherung bekamen, dass es nachgeholt wird, und dafür danken wir der Gemeinde auch.

Jetzt haben wir verschiedene Argumente gehört. Vonseiten der Gemeinde haben wir relativ überzeugende Argumente von Markus gehört, weshalb eben eine Verschiebung des Geschäfts beziehungsweise eine Rückweisung und damit eine Verschiebung der Sanierung schwierig sind. Dafür haben wir durchaus Verständnis. Gleichzeitig haben wir aber auch eine sehr gute Begründung vonseiten der Grünen gehört. Mir ist auch nicht ganz klar, was jetzt die Haltung der FDP ist, die sagt, sie gehe eigentlich davon aus, dass die Vorgaben des Landschaftsrichtplans eingehalten werden müssen. Also muss diese Prüfung jetzt noch gemacht werden oder nicht?

Von dem her möchten wir uns noch nicht dazu äussern, ob wir dem Rückweisungsantrag oder dem Antrag des Gemeinderats zustimmen, und bitten um ein kurzes Timeout, bevor wir zur Abstimmung kommen.

Markus Bärtschi (Gemeinderat): Darf ich mich kurz dazu äussern?

Die Vorsitzende: Wir ziehen das Schlusswort von Markus vor, setzen das Programm danach normal fort und kommen dann zum Timeout.

Markus Bärtschi (Gemeinderat): Selbstverständlich bestreite ich im Namen des Gemeinderats, dass wir uns nicht konform verhalten hätten, weder bezüglich Flüsterbelag noch bezüglich Richtplan. Noch einmal: Die Gestaltung wurde im Parlament – damals «Grosser Gemeinderat» – beschlossen, und diese ist für uns verbindlich. Ich muss es umsetzen, das übersteuert alles andere. Abgesehen davon: Strassen sanieren im Sinn von Unterhalt, eins zu eins, kann ich auch bei allen Richtplänen.

Zum Thema Flüsterbelag: Dabei wird entscheidend sein, dass im Rahmen der flankierenden Massnahmen auch eine Temporeduktion enthalten ist, und das Tempo hat einen grossen Einfluss auf die Lärmrechnung; im Voraus kann man es ja bloss berechnen. Der Flüsterbelag hat einen Einfluss auf das Rollgeräusch, aber nicht auf das Motorengeräusch beziehungsweise auf das Fahrgeräusch des Verkehrs. Erst ab einer gewissen Geschwindigkeit, deshalb ist der Kanton dabei federführend, ist man auf den normalen Innerortsstrecken in einem Bereich, wo es erfahrungsgemäss etwas bringt.

Der Versuch, den der Kanton in Muri gemacht hat, war trotzdem kein Erfolg. Einerseits hat sich gezeigt, dass bezüglich Haltbarkeit ein Problem besteht, und andererseits ist der Effekt sehr schnell weg. Das Wirkprinzip ist, dass dieser Belag porös ist, ähnlich wie bei Eierkartons im Bandraum, wo eine grosse Oberfläche den Schall schluckt. Aber diese Poren füllen sich, und nach drei Jahren ist der Effekt in dem Sinn weg. Hingegen ist dieser Belag nach 10 Jahren kaputt statt nach 30 Jahren. Es ist eine Frage von Aufwand und Ertrag. Hier wird die reduzierte Geschwindigkeit entscheidend sein. Wir werden es ausrechnen lassen. Der Fall ist

klar, wenn die Werte überschritten werden. Deshalb ist es auch nicht durchgängig, sondern wird quasi an jedem Fenster gemessen, und wenn die Werte überschritten werden, muss mit einer geeigneten Massnahme saniert werden.

Eine sehr effiziente Massnahme ist das Reduzieren der Geschwindigkeit, die ihr schon beschlossen habt. Danach müssen wir wieder schauen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Abklärung ergeben wird, dass ein Flüsterbelag irgendeine spürbare Auswirkung hat und dann auch noch vom Kosten-Nutzen-Verhältnis her sinnvoll ist, ist klein. Aber sicher verhalten wir uns nicht nicht-richtplankonform. Sondern wir setzen bezüglich Strassenraumgestaltung euren Beschluss um. Heute holen wir noch das Geld dafür ab. Merci.

Alan Müller Kearns (FDP): Vielleicht kann ich eine Erklärung machen, was die Haltung der FDP sein wird. Ja, wir unterstützen das Geschäft von Markus Bärtschi. Ein paar Überlegungen aus der Praxis; es ist mein tägliches Geschäft, Strassen im Innenortsbereich, Sanierungen von Infrastrukturprojekten. Infrastrukturprojekte sind immer eine Ansammlung von sehr vielen Anforderungen, einem Haufen Wünsche und einem Haufen Vorgaben. Es ist immer ein Abwägen, welche Anforderungen im Moment in einem Projekt wichtig sind und auch, was ausgewogen gemacht werden kann.

Die Tannackerstrasse hat einen relativ engen Strassenquerschnitt. Die Verkehrssicherheit muss gewährleistet sein. Langsamverkehr – es ist ein Schulweg, wir haben gleich nebenan das Schulhaus Moos. Wir sind heute gerade in der Nähe dieser Strasse. Es muss behindertentauglich sein. Gleich irgendwo ein Trottoir zu halbieren, ist heute manchmal nicht unbedingt so einfach. Und schlussendlich ist es eine Erschliessungs- und Durchgangsstrasse der Gemeinde. Die Vielfalt dieser Anforderungen ist das, was der Ingenieur, der Planer und auch die Gemeindeverwaltung dann tagtäglich wälzen und daraus das beste Projekt ableiten müssen. Jetzt hatten wir einen heissen Sommer, das ist richtig. Die heissen Sommer werden uns noch weiterverfolgen, auch in Zukunft.

Es ist ein Argument mehr, ein Element mehr, das zur Planung hinzukommt. Das wird auch nicht einfach zur Seite geschoben. Aber das Projekt jetzt wegen einem Eindruck der letzten vier Wochen oder acht Wochen oder zwölf Wochen auf den Kopf zu stellen, kurzfristig, zwei Minuten vor zwölf, entspricht nicht einer soliden Planung und Projektierung. Von dem her – vielleicht auch einmal den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung Danke sagen, die jeden Tag mit diesen Herausforderungen konfrontiert werden, auch mit den Rückmeldungen aus dem Volk, aus der Gemeinde. Es ist kein einfaches Geschäft, irgendetwas zu finden, das dann allen passt. Das gibt es einfach nicht. Von dem her – auch ein gewisses Vertrauen, dass das Projekt gut ausgearbeitet ist. Die Anforderungen sind definiert. Es ist ein Abwägen dieser verschiedenen Argumente. Von daher unterstützen wir das Geschäft vollumfänglich. Merci vielmals.

Hanna Beck (EVP): Bei dieser Diskussion würde sich ja eigentlich auch anbieten, dass man sowohl als auch könnte. Markus, wenn du vielleicht noch Stellung dazu nehmen magst: Was würde es bedeuten, wenn man die Planungswünsche, die jetzt noch geäussert wurden, reinnimmt? Kann der Baustart dann doch noch eingehalten werden? Oder ist es eher ein Wunschkonzert?

Markus Bärtschi (Gemeinderat): Ich habe schon versucht, das abzudecken. Nein, der Baustart wird auf jeden Fall eingehalten. Einfach ohne uns. Die Frage ist, ob wir mitmachen. Dabei haben wir null Spielraum, es ist friss oder stirb. Wenn wir es irgendwann separat machen würden, könnten wir quasi über alles reden, aber die VSS-Normen und auch die Frequenzen bringen wir nicht weg.

Sandra Perler (Grüne): Aufgrund der Diskussion und der Voten ist mir wichtig, einerseits noch einmal die verschiedenen Anforderungen aufzugreifen, die es gibt.

Anforderungen an Strassensanierungen, an Strassenräume gab es schon immer. All diese Anforderungen sind auch berechtigt. Das heisst: Man muss die Schulwegsicherheit beachten; man muss auf die Leute achten, die zu Fuss unterwegs sind, und die Trottoirs müssen breit genug sein; es muss sichere Übergänge geben; es braucht eine gute Veloinfrastruktur mit Velostreifen – ich glaube, es ist eine Kernfahrbahn vorgesehen –; die Erschliessung der angrenzenden Grundstücke muss funktionieren – Abbiegebeziehungen, Sichtwinkel, dabei geht um Sicherheit; der Verkehr muss rollen können. Also, es sind extrem viele Anforderungen.

In der heutigen Zeit kommen neue Anforderungen hinzu. Früher hatte man bei solchen Projekten noch nicht diesen Handlungsdruck. Gerade das Stadtklima ist eine der neuen Anforderungen. Wenn wir nicht beginnen, es gleich zu gewichten, und eben Kompromisse, Lösungen suchen, bei denen man alles zusammenbringen kann, dann werden die Strassenräume auch nicht mehr attraktiv oder fast nicht mehr nutzbar sein für Leute, die zu Fuss unterwegs sind, die mit dem Velo unterwegs sind. So können die Strassenräume auch nicht mehr die Funktionen erfüllen, die sie eigentlich erfüllen sollten. Dessen muss man sich heutzutage einfach bewusst sein und muss es mitdenken, genauso sehr wie die anderen Anforderungen auch.

Was ich noch zum Thema Baustart sagen möchte: Ja, vielleicht braucht man ein bisschen mehr Zeit, oder es gibt irgendwo Verzögerungen. Aber wenn wir es nicht jetzt machen: Eine Gesamtsanierung der Strasse gibt es, abhängig von der Verkehrsbelastung und davon, wie sehr die Strasse und der Belag beansprucht werden, das nächste Mal vielleicht in 30 oder 40 Jahren. Wenn man dann auch noch Bäume pflanzen will und sie noch einmal 30 Jahre wachsen müssen, bis sie überhaupt eine kühlende Wirkung entfalten, sind 60 oder 70 Jahre vergangen. Die meisten von uns werden dann wohl nicht einmal mehr da sein. Deshalb müssen wir vielleicht auch eine gewisse Verzögerung in Kauf nehmen.

Das Letzte, was ich noch sagen möchte, ist: Dass wir uns dabei auf einen Eindruck der letzten vier Wochen beziehen, dem muss ich wirklich widersprechen. Auch die Zahlen, die ich genannt habe, sind Zahlen und Prognosen des Bundes und von «MeteoSchweiz». Sie sind belegt. Sie sind wissenschaftlich fundiert. Die Werte, die ich genannt habe, sind nicht einmal irgendwelche Worst-Case-Szenarien. Meist gibt es drei Szenarien, und es sind die mittleren, realistischen Szenarien. Ich habe überhaupt nicht von irgendeinem Worst-Case-Szenario gesprochen. Das möchte ich betonen.

Patricia Messerli (forum): Ich weiss nicht, ob man diese Frage beantworten kann. Markus, du hast vorhin von Synergien gesprochen und davon, dass die gbm jetzt dort am Bauen sind. Wie viel teurer wäre es, wenn wir das Geschäft zurückweisen und die Sanierung zum Beispiel erst in zwei Jahren kommt? Was sparen wir jetzt eigentlich? Geht es um CHF 50'000, geht es um CHF 200'000? Kann man das überhaupt abschätzen?

Markus Bärtschi (Gemeinderat): Nein, das kann man nicht. Es hängt nicht zuletzt auch davon ab, was man dort wann genau macht. Das Phänomen der Bauteuerung ist bekannt. Sicher sind es nicht nur CHF 50'000. Wir profitieren in dem Sinn erheblich. Man hat die ganze Baustelleninstallation nur einmal, und es gibt auch immaterielle Ersparnisse für die Bevölkerung. Das Finanzielle ist ein substanzieller Teil. Wenn wir es zusammen machen, werden wahrscheinlich irgendwo zwischen einem Drittel und der Hälfte unserer Kosten subventioniert.

Patricia Messerli (forum): Okay, merci.

Die Vorsitzende: Ich denke, die Beratung ist faktisch abgeschlossen. Möchtest du für die GPK ein Schlusswort, Noémie? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Markus Bärtschi haben wir gerade gehört, und das gilt wahrscheinlich als Schlusswort.

Vorhin wurde ein Timeout beantragt, und wir unterbrechen kurz die Beratungen.

Kurze Unterbrechung.

Die Vorsitzende: Wir eröffnen noch einmal die Möglichkeit für Wortmeldungen.

Martin Koelbing (forum): Ich stelle einen Unterantrag. Über diesen Unterantrag wird zuerst abgestimmt, danach folgt der Hauptantrag, also der des Gemeinderats. Der Unterantrag lautet folgendermassen: Das forum beantragt erstens, den Rückweisungsantrag der Grünen zurückzuweisen, und zweitens, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen; drittens wird diese Zustimmung daran geknüpft, dass der Gemeinderat zusammen mit den Fachleuten im Rahmen der zeitlichen und inhaltlichen Möglichkeiten, die er hat, noch einmal prüft, ob Verbesserungen im Grünbereich möglich sind. Grünbereich heisst Pflanzen von Bäumen, Bepflanzung von Lärmschutzwänden, das heisst auch, Kontakt mit Privaten. Solche Dinge können auch parallel laufen. Aber wir möchten den Gemeinderat mit diesem Unterantrag einfach bitten, diese Dinge im Rahmen des Möglichen mit den Fachleuten zu begrüssen.

Ich möchte noch etwas zur Begründung des Unterantrags sagen. Denn wenn wir dieses Projekt jetzt einfach zurückweisen würden, gibt es einen neuen Prüfauftrag an die Gemeinde. Das sagen die Grünen. Aber möglicherweise führt dieser Prüfauftrag ja dazu, dass der Gemeinderat sagt, man könne an dem Projekt nichts verbessern. Dann sind wir nicht nur gleich weit wie heute Abend, sondern wir sind schlechter dran als heute Abend. Wir möchten dieses Projekt nicht gefährden, aber es mit einer erneuten Prüfung dessen verknüpfen, was möglich ist – ohne das Projekt zu gefährden.

Also, noch einmal, abgestimmt wird so: Wenn ihr Ja zum Unterantrag sagt, sagt ihr Nein zum Rückweisungsantrag und Ja zum Antrag des Gemeinderats, mit der Auflage, die Grünmassnahmen erneut zu prüfen. Dadurch ist der Hauptantrag nicht gefährdet. Wie auch immer ihr beim Unterantrag stimmt, hat jede Person am Schluss sowieso alle Freiheit, beim Hauptantrag so zu stimmen, wie sie es eben richtig findet.

Die Vorsitzende: Damit wir absolute Klarheit haben, worüber wir abstimmen, bitte ich dich, Martin, den Antrag ganz knapp auszuformulieren, sodass ich es vorlesen kann und es für alle hörbar ist. Wir haben, wenn ich dich richtig verstanden habe, einen Zusatzantrag zum Antrag des Gemeinderats. Ich habe es vorhin mit Katja angeschaut, und wir werden zuerst über den Rückweisungsantrag abstimmen und dann in einem zweiten Schritt über den von dir formulierten Unterantrag, der den gemeinderätlichen Antrag verändert.

Martin Koelbing (forum): Der Unterantrag lautet: Wir stimmen dem gemeinderätlichen Antrag zu und lehnen den Rückweisungsantrag ab, unter der Bedingung, dass der Gemeinderat im Rahmen seiner zeitlichen und inhaltlichen Möglichkeiten Grünmassnahmen zusätzlicher Art noch einmal prüft. Danke.

Die Vorsitzende: Ich denke, jetzt braucht es noch einmal ein kurzes Timeout, um eine klare Regelung zu finden.

Kurze Unterbrechung.

Die Vorsitzende: Konnten sich beide Seiten beraten? – Das scheint der Fall zu sein. Wir stimmen in der folgenden Reihenfolge ab: Zuerst befinden wir uns über den Rückweisungsantrag der Grünen. Dann stimmen wir über den Zusatzantrag von Martin Koelbing ab, bei dem es um eine Ergänzung geht: Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen seiner zeitlichen und inhaltlichen Möglichkeiten zusätzliche

Grünmassnahmen zu prüfen. Zuletzt kommt dann der gemeinderätliche Antrag, wie ihr ihn in euren Unterlagen findet, zur Abstimmung. Jetzt geht es im ersten Schritt um den Rückweisungsantrag der Grünen. Zurzeit sind 36 Parlamentsmitglieder anwesend.

Beschluss (9 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen)

Der Rückweisungsantrag der Grünen wird abgelehnt.

Die Vorsitzende: Wir kommen zum ergänzenden vierten Punkt von Martin Koelbing. Der Ordnung halber lese ich ihn noch einmal vor: Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen seiner zeitlichen und inhaltlichen Möglichkeiten zusätzliche Grünmassnahmen zu prüfen.

Beschluss (32 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung)

Der Antrag Koelbing (forum) wird angenommen.

Die Vorsitzende: Nun kommen wir zur Abstimmung über die vier Punkte, also die drei Punkte, wie sie in den Unterlagen vorliegen, ergänzt durch diesen vierten Punkt.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Das Projekt «Tannackerstrasse, Entflechtung öffentliche Beleuchtung und Strassensanierung» wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von total CHF 947'000.00 inkl. MWST unter der Nr. 6150.5010.78 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen seiner zeitlichen und inhaltlichen Möglichkeiten zusätzliche Grünmassnahmen zu prüfen.

6. Sitzungstermine 2027

Die Vorsitzende: Die Sitzungstermine liegen vor, und falls es keine Wortmeldungen gibt, gelten sie als akzeptiert. Der guten Ordnung halber lese ich sie noch einmal vor.

Die Sitzungen werden stillschweigend wie folgt festgelegt:

Dienstag, 19.30 Uhr

19. Januar
16. Februar
16. März
27. April
18. Mai

15. Juni
17. August
21. September
19. Oktober
16. November

7. Postulat Fraktion Grüne, Koelbing (forum): «Fusswegverbindung Thoracker–Egghölzli realisieren»; Zwischenbericht

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident) verzichtet auf das Wort.

Franziska Grossenbacher (Grüne, Postulantin): Wir danken dem Gemeinderat, dass er den Prüfauftrag ernst genommen und eine umfangreiche Umfrage im Quartier und bei der Verwaltung veranlasst hat. Nach dem knappen Resultat der Umfrage empfiehlt der Gemeinderat das Postulat zur Abschreibung. Wir sagen: Die Zeit ist noch nicht reif für diesen Fussweg, und sind deshalb bereit, das Postulat heute abzuschreiben. Aber die Idee dieser Fusswegverbindung ist für uns damit noch nicht erledigt.

Ich möchte dem Gemeinderat deshalb ein paar Gedanken zum Prüfauftrag und zur Umfrage mitgeben. Die Befragung, die durchgeführt wurde, ist doch sehr selektiv. Neben den Fachstellen der Gemeinde wurden im Quartier die betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer und der Leist befragt. Der Leist hat wiederum seine Mitglieder aufgefordert, die Umfrage auszufüllen, was nicht viele Leistmitglieder gemacht haben. 49 Prozent der Umfragerückmeldungen stammen von direktbetroffenen Grundeigentümern – und wir wissen, dass bei diesen natürlich primär Bedenken oder Ängste im Raum standen. Das ergibt insgesamt doch eher ein verzerrtes Bild der Nachfrage nach einem solchen Weg.

Ich wohne selbst im Thorackerquartier und wurde oft angesprochen von Personen, die Freude am Weg hätten; Familien mit Schulkindern im Schulhaus Horbern oder Frauen, die vor allem abends den Weg dem Wald entlang nicht gern gehen; sie alle hatten keine Stimme bei dieser Umfrage.

Bei den Rückmeldungen der Fachstellen hat uns etwas irritiert. Die Rückmeldung einer Fachstelle war nämlich, dass sich die Rahmenbedingungen des ursprünglichen Wegs, wonach die Wegparzelle ausgeschieden wird, geändert haben.

Ursprünglich sei dort beim Bauernhaus ein Schulhaus vorgesehen gewesen, und weil das Schulhaus nie gekommen sei, werde damit jetzt eigentlich auch die ausgeschiedene Wegparzelle obsolet. Diese Rückmeldung verkennt total, dass jetzt mit der Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen eine öffentliche Nutzung in dieses Bauernhaus kommt und es sich bei der Fläche, auf welcher der Weg verlaufen würde, um eine Zone für öffentliche Nutzung handelt.

Die gleiche Fachstelle hat auch zurückgemeldet, dass es für eine echte Verbesserung des ÖV-Anschlusses eine Fortsetzung dieses Weges bis zur Thunstrasse bräuchte. Diese Fortsetzung, die gibt es! Es gibt von diesem Bauernhaus aus einen Fussweg, der direkt zur Thunstrasse führt und darüber hinaus. Es gibt attraktive Fussverbindungen bis runter zur Aare. Wenn man diesen Fussweg in einem etwas grösseren Kontext denken würde, etwas raumplanerisch rangehen würde, könnte man ihn auch in einen grösseren Nutzen stellen. Dass der Weg schlecht für die Landwirtschaft sei, ist auch eher eine irritierende Rückmeldung. Denn im Moment ist kein Pächter auf dieser Fläche, sie wird also nicht landwirtschaftlich genutzt. Und wie schon gesagt, ist es im Zonenplan eine Zone für öffentliche Nutzung.

In einer reinen Kosten-Nutzen-Analyse kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass es sich nicht lohnt, und er resümiert: «dass die heutige Wegsituation auch für die Nutzenden der Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen (FKJF) [...] insgesamt zumutbar ist.» In dieser Betrachtung mag das stimmen. Wir stellen aber nicht infrage, was für uns zumutbar ist und was nicht, sondern fragen: Wie können wir die hohe Lebensqualität in unserer Gemeinde halten und steigern? Ein Weg, der direkte und attraktive Wege zu öffentlichen Einrichtungen schafft und Begegnungen ermöglicht, würde für uns dazugehören.

Aber wie ich zu Beginn gesagt habe: Die Zeit ist noch nicht reif. Lassen wir jetzt das

Bauernhaus umbauen und die Fachstelle einziehen. Vielleicht wird sich der Nutzen dieses Weges dann mit der neuen Nutzung zeigen. Merci.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten. – Keine Fraktionsvoten oder weiteren Wortmeldungen; Jan Köbeli (Gemeindepräsident) und Franziska Grossenbacher (Grüne, Postulantin) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Zwischenbericht zum Postulat Grüne, Koelbing (forum): «Fusswegverbindung Thoracker – Egghölzli realisieren», wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss (35 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Postulat Grüne, Koelbing (forum): «Fusswegverbindung Thoracker–Egghölzli realisieren», wird abgeschrieben.

8. Motion Legler (SP): «Anpassung des Lärmschutzreglements betreffend Feuerwerk mit Knalleffekten»

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Markus Bärtschi (Gemeinderat) verzichtet auf das Wort.

Vanessa Legler (SP, Motionärin): Merci vielmals für die ausführliche Antwort auf meine Motion. Bei einem Argument bin ich gleicher Meinung wie der Gemeinderat und kann es nachvollziehen: Wir sollen keine Regeln schaffen, die nicht umsetzbar sind. Aber gerade der 1. August dieses Jahres war dafür das beste Beispiel. Im ganzen Kanton gab es ein Feuerwerksverbot, und das konnte man auch nicht an jeder Strassenecke kontrollieren. Was wir aber alle hoffentlich gemerkt haben: Die Bevölkerung hat sich vorbildlich an diese Regeln gehalten, auch ohne dass die Polizei überall unterwegs war und Kontrollen durchgeführt hat.

Sprich, klare Regeln können auch funktionieren ohne unglaubliche, lückenlose Kontrolle. Eine klare Regel hat eben auch eine kommunikative und präventive Wirkung. Sie muss nicht jeden einzelnen Verstoss verhindern, um einen Standard zu setzen und Rücksichtnahme zu fördern. Denn seien wir ehrlich: Sonst könnten wir sehr viele Regeln und Verbote auch einfach einlassen.

Die entscheidende Frage ist für mich deshalb nicht, ob man eine Regel lückenlos kontrollieren kann. Sondern die erste Frage ist: Ist sie rechtlich möglich? Und wenn es rechtlich möglich ist, sollten wir politisch entscheiden können, ob wir diese Regel wollen, statt sie wegen des Vollzugs gleich von vornherein abzulehnen.

Damit komme ich zu meiner Kommunikation. Der Gemeinderat spricht immer wieder von einem Verbot. Aber meine Motion will Feuerwerk nicht verbieten. Lärmarme Feuerwerke, wie zum Beispiel ein Zuckerstock, sollen auch möglich bleiben, und auch die Tradition wird berücksichtigt. Ausnahmegewilligungen für besondere Anlässe sind ausdrücklich vorgesehen, zum Beispiel für ein organisiertes 1.-August-Feuerwerk. Es kann auch sein, dass jemand, der die finanziellen Ressourcen hat, ein Fest macht, etwa eine Hochzeit, und ein privates Feuerwerk machen möchte, und dafür kann man auch einen Antrag bei der Gemeinde stellen.

Es geht um eine einfache Botschaft: Feiern, ja, unnötige Knallerei und vermeidbare Belästigung, nein.

Was mir in der Antwort des Gemeinderats deshalb auch fehlt, ist ein bisschen Mut. Warum versuchen wir es nicht? Warum bekennen wir nicht Farbe? Der

Gemeinderat anerkennt selbst die Belastung für Mensch, Tier und Umwelt. Er schreibt am Schluss sogar, es wäre erstrebenswert, wenn sich die Knallerei im Wesentlichen auf die erlaubten Tage beschränken würde.

Irritiert hat mich deshalb auch die Ankündigung, dass bei einer Annahme meiner Motion ausgerechnet für den 1. August und für den 1. Januar eine generelle Ausnahmebewilligung für Feuerwerk aller Art in Betracht gezogen wird. Damit würde aus meiner Sicht der eigentliche Zweck einer Motion unterlaufen. Wenn das Parlament eine Motion überweist, sollte man nach einer praktikablen Umsetzung ihrer Anliegen suchen und nicht nach einem Weg, bei dem am Ende praktisch alles beim Alten bleibt.

Sollte meine Motion heute keine Mehrheit finden, ist das Thema für mich trotzdem nicht vom Tisch. Denn gerade in Gesprächen mit der Bevölkerung merkt man immer wieder, dass es nicht einfach ein Thema ist, das alle unbelastet sehen. Wir sollten als Gemeinde den Mut haben, etwas zu probieren und eben auch Farbe zu bekennen. Merci vielmals.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten. – Keine Fraktionsvoten oder weiteren Wortmeldungen.

Markus Bärtschi (Gemeinderat): Ich möchte nur kurz den Vergleich mit dem Feuerverbot wegen Waldbrandgefahr zurückweisen. Denn das war ein Verkaufsverbot. Es ist ganz einfach: Man konnte nirgendwo überhaupt Feuerwerk kaufen. Damit hat man auch kein Vollzugsproblem. Wenn aber nur wir es hätten, wäre es anders. Es ist von mir aus gesehen vom Bild her nicht ganz statthaft. Wir hätten ein Vollzugsproblem, wenn überall Feuerwerk verkauft wird – und bei uns darf man es nicht anzünden, auch nicht am 1. August. Das ist eigentlich, was wir sagen. Die Compliance wäre nicht so gut, wie wenn man es an der Quelle abstellen kann.

Vanessa Legler (SP, Motionärin): Nur kurz. Es tut mir leid, dem zu widersprechen. Ich weiss es auch aus eigener Erfahrung in meinem Job. Gerade in Zeiten von Onlineshopping ist es überhaupt kein Problem, ein Verkaufsverbot zu umgehen, genauso wie auch das Lagern; als Jugendliche fand ich solches Feuerwerk vom letzten Jahr vielleicht auch noch ab und zu in den Kellern von Eltern. Also, von dem her ist es ein Argument, das eigentlich nicht zählt. Denn wenn man es wirklich will, kann man es auch irgendwo kaufen und es auch irgendwo anzünden.

Kein Rückkommen.

Beschluss (17 Ja [Nichtüberweisung] / 18 Nein [Überweisung] / 1 Enthaltung)
Die Motion Legler (SP), «Anpassung des Lärmschutzreglements betreffend Feuerwerk mit Knalleffekten», wird überwiesen.

9. Interpellation Grütter (SVP): «Werbedienstleistungen für Nahestehende?»

Jan Köbeli (Gemeindepräsident) verzichtet auf das Wort.

K. Urs Grütter (SVP): Ich fasse mich kurz. Diese Antwort ist ein Skandal. Das heisst: Wer bei der Gemeinde schön schnurrt, der hat eine gewisse Chance, dass die Gemeinde für ihn Werbung betreibt. Punkt. Das geht so nicht! Merci.

Von der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderats zur Interpellation Grütter (SVP), «Werbedienstleistungen für Nahestehende?», wird Kenntnis genommen.

10. Interpellation Grütter (SVP): «Fernwärmeprojekt 2. Etappe, Pumpversuch»

Gabriele Siegenthaler Muinde (Gemeinderätin): Der Gemeinderat dankt für diese Interpellation und für die Möglichkeit, offene Fragen rund um das Vorgehen beim Erweiterungsprojekt klären zu können. Ein zentraler Punkt war dabei immer die Frage, wie wir mit den bestehenden Unsicherheiten umgehen.

Als wir die Antwort auf die Interpellation schrieben, hatten die Fraktionsgespräche zum Fernwärmeprojekt noch nicht stattgefunden. Deshalb werdet ihr als aufmerksame Lesende vielleicht feststellen, dass die Sequenzierung von Pumpversuchen und Volksabstimmung bewusst etwas schwammig ausfiel. Ursprünglich hatten wir angedacht, dass wir die Pumpversuche nach der Volksabstimmung durchführen würden, quasi als erste Finanzierungstranche, um dann je nach Ausgang der Pumpversuche entscheiden zu können, wie es weitergeht und ob eine weitere Finanzierungstranche ausgelöst wird oder nicht. Fazit ist: Der Gemeinderat war sich immer bewusst, dass man hier nicht irgendwelche finanziellen Abenteuer suchen will, sondern dass man die Unsicherheiten bewusst sequenziert aufbauend entschärft.

In den Fraktionsgesprächen hat sich jetzt aber abgezeichnet, dass die Idee, die wir dann auch ausgebrütet haben, die Sequenzierung allenfalls umzudrehen und zuerst die Pumpversuche zu machen, mit einem separaten Kredit, bevor man in die Volksabstimmung geht, wahrscheinlich ein abgestütztes und begrüßtes Vorgehen wäre. Damit können wir die Ergiebigkeit des Tiefengrundwassers als zentrales Element für die Wirtschaftlichkeit frühzeitig klären und damit wie immer sicherstellen, dass wir unsere Investitionen aufgrund einer sauberen Grundlage tätigen. Das wäre allerdings auch beim vorherigen Vorgehen sicher der Fall gewesen. Aber der Gemeinderat dankt für die konstruktiven Diskussionen und für die Bereitschaft, gemeinsam tragfähige Wege zu finden, um ein abgestütztes Vorgehen umsetzen zu können. Merci vielmals.

K. Urs Grütter (SVP): Merci. Es ist so, dass die Antwort des Gemeinderats, die wir schriftlich vor uns haben, offensichtlich und zum Glück mittlerweile überholt ist. Man soll ja bekanntlich das Fell des Bären nicht verkaufen, bevor man den Bären erlegt hat. Mit dem früheren Vorgehen wollte der Gemeinderat das Fell des Bären verkaufen, bevor klar war, ob es überhaupt Bären im Wald gibt. Für sämtliche Verfahren, seien es Baubewilligungsverfahren, seien es Kreditbegehren, ist eine Frage matchentscheidend: Gibt das Tiefengrundwasser die erwartete Leistung von mindestens 9 Megawatt her oder nicht?

Nach deinen Orientierungen über die gbm steht heute nur folgendes fest: Die durchgeführten Bohrungen waren reine geologische Sondierbohrungen. Die kleine Menge an untersuchtem Wasser lässt zwar eine Entnahme von 9 Megawatt als möglich erwarten. Das war aber eine blosser Modellrechnung. Im Bericht von «EVU Partners» vom 18. Dezember 2025 wurde ein richtiger Belastungstest als Voraussetzung für das weitere Vorgehen erwähnt. Wir sind sehr froh, dass der Gemeinderat auch zur Einsicht kam, dass man, bevor man dem Volk einen Megakredit von über CHF 50 Mio. für die Bärenjagd unterbreiten will, sicherstellen sollte, dass es überhaupt einen Bären im Wald gibt. Ich erlaube mir auch noch den Hinweis auf Traktandum 4. Eine Unternehmung, die ein solches Investitionsvorhaben tätigen will, sollte ein wesentlich aussagekräftigeres Rechnungswesen vorlegen; und dass man erst im Jahr 2026 auf «Swiss GAAP FER» umstellen will, ist von mir aus gesehen mindestens sehr ungeschickt. Merci.

Gabriele Siegenthaler Muinde (Gemeinderätin): Es ist mir wichtig zu betonen, dass man die Pumpversuche nicht einfach aus irgendeiner Laune nach hinten verschoben hätte. Die Pumpversuche sind Teil des Umsetzungsprojekts. Sprich, man muss die Pumpversuche genau dort machen, wo man sie später auch braucht. Sie sind relativ teuer, und sie sind danach Teil der Realisierung. Es ist nicht mehr

dasselbe wie die geologischen Abklärungen und Untersuchungen, die man bisher gemacht hat. Sondern es ist matchentscheidend, wo genau die Pumpversuche stattfinden. Man kann sie danach nicht mehr verschieben.

Das heisst, sie haben auch eine gewisse Interferenz mit dem Baubewilligungsverfahren. Denn wenn sie am falschen Ort sind, haben wir vielleicht einen ergebnislosen Pumpversuch, aber es ist dann der falsche Ort für das Realisierungsprojekt. Das heisst, diese Frage ist nicht ganz so einfach, und wir werden auch noch schauen müssen, wie wir mit dieser Verknüpfung umgehen. Aber einfach, damit es hier gesagt wurde: Die ursprüngliche Idee hatte durchaus eine gewisse Logik, und es war nie die Meinung, dass man CHF 52 Mio. investiert, ohne dass man die Pumpversuche gemacht hat, nie! Merci.

Von der Stellungnahme des Gemeinderats zur Interpellation Grütter (SVP), «Fernwärmeprojekt 2. Etappe, Pumpversuch», wird Kenntnis genommen.

11. Einfache Anfrage Bless (FDP): «Situation beim Bahnhofli Muri / Tramhaltestelle nach der Neugestaltung»

Von der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderats zur einfachen Anfrage Bless (FDP), «Situation beim Bahnhofli Muri / Tramhaltestelle nach der Neugestaltung», wird Kenntnis genommen.

12. Informationen des Gemeinderats und der parlamentarischen Kommissionen

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Ich wollte kurz Merci vielmals sagen. Die Fraktionsgespräche haben weitgehend stattgefunden. Ein einziges steht nächste Woche noch an. Ich fand die Gespräche mit allen Fraktionen sehr konstruktiv und angenehm. Herzlichen Dank.

Das mit den Pumpversuchen war eine Rückmeldung, die wir sehr gerne aufnehmen. Ich möchte selbstverständlich noch alle Fraktionsgespräche abwarten, bevor der Gemeinderat einen definitiven Entscheid trifft. Aber Gabriele hat es vorhin erwähnt: Wir prüfen die Frage der Pumpversuche selbstverständlich sehr wohlwollend und nehmen natürlich auch noch die Meinung der letzten Fraktion mit. Dann gehen wir in den Gemeinderat und können definitiv entscheiden. Von dem her Merci vielmals für die sehr guten Gespräche.

Gabriele Siegenthaler Muinde (Gemeinderätin): Ich versuche, möglichst kurz zu bleiben, es ist heiss hier drinnen. Es passt zu diesem Sommer. Dieser Sommer war denkwürdig und hat das Ausmass des Klimawandels eindrücklich unter Beweis gestellt.

Ich möchte daran erinnern, dass dieses Thema auf Seiten Gemeinderat und Verwaltung nicht neu ist. Wir haben in den Legislaturzielen ein ganzes Kapitel zur Klimaanpassung. Wir haben schon verschiedene Massnahmen umgesetzt, auf die man mich gerne ansprechen kann. Wir sind auch schon in Planung, um in der zweiten Jahreshälfte unsere Klima- und Energiestrategie mit einer Vertiefung im Bereich Klimaanpassung zu ergänzen. Schon vor diesem Sommer.

Wenn ihr irgendetwas wissen wollt, kommt zu uns, kommt zur Gemeindeverwaltung, kommt zu mir. Wir klären gerne, wo wir stehen und was wir schon machen, sodass wir gemeinsam möglichst gute Massnahmen ergreifen und umsetzen können. Dankeschön.

Christa Grubwinkler (Gemeinderätin): Ich möchte nur kurz über die Situation betreffend Jugendgewalt in unserer Gemeinde informieren. Aufgrund nach wie vor laufender Verfahren darf ich nicht allzu stark ins Detail gehen. Was ich euch aber sagen kann, und das ist sehr erfreulich: Wir haben es seitens Schule zurzeit – ich kann nur von der jetzigen Situation sprechen – im Griff. Die Schulleitungen nehmen dieses Thema sehr ernst und führen auch Gespräche mit Schülerinnen und Schülern. Sie sind auch bereits dran, das Thema Gewalt im Unterricht zu vertiefen, zu sensibilisieren und zu stabilisieren.

Leider ist Jugendgewalt nicht nur in unserer Gemeinde ein Thema, sondern sie wurde zu einem gesellschaftlichen Thema. Auch unsere Nachbargemeinden sind stark betroffen. Sie haben dieselben Sorgen wie wir auch. Meinem Ressort war aber wichtig, dass die Erziehungsberechtigten von uns informiert werden. Wir haben die betroffenen Erziehungsberechtigten des Schulhauses Seidenberg angeschrieben, aber auch die des Schulhauses Moos, weil wir wussten, dass sie dieses Jahr ins Schulhaus Seidenberg ziehen werden.

Natürlich ist es für die Medien etwas spannender, wenn sie schreiben können, Muri-Gümligen hat ein Jugendgewaltproblem, als wenn es vielleicht in einer anderen Gemeinde ist. Ich bin auch froh, hat Pege da etwas entgegengehalten. Merci, Pege. Es ist aber einfach wirklich leider so, dass wir nicht die einzigen sind. Ich bin auch im Austausch mit anderen Gemeinden, damit wir es so gut wie möglich in den Griff bekommen können. Wir sind auch ständig mit der Polizei im Austausch. Alain Portmann, Andy Marchand und ich sind nach wie vor der Überzeugung, dass unsere aktive Kommunikation das Richtige war. Wir arbeiten, wie gesagt, auch weiterhin mit der Polizei und den Broncos zusammen. Merci für eure Aufmerksamkeit.

Von den Informationen des Gemeinderats wird Kenntnis genommen.

13. Neue parlamentarische Vorstösse

Neue parlamentarische Vorstösse, siehe Anhang.

Diskussion zur Dringlicherklärung der Motion FDP, «Sicheres Muri-Gümligen dank einem Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei Bern»

Die Vorsitzende: Nach der Bekanntgabe der neu eingereichten Vorstösse kommen wir zur Beratung der Dringlichkeit der Motion FDP, «Sicheres Muri-Gümligen dank einem Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei Bern». Ihr habt sie zusammen mit dem Antrag auf Dringlichkeit spätestens via Gemeindeschreiberei erhalten. Einige wenige ausgedruckte Exemplare liegen bei Bedarf beim Eingang auf. Gemäss Art. 35 Abs. 5 der Geschäftsordnung kann das Parlament nach Anhörung des Gemeinderats eine Motion für dringlich erklären und sofort behandeln.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Begründung der Dringlichkeit durch den Motionär, Stellungnahme des Gemeinderats, weitere Wortmeldungen, Beschlussfassung; bei Annahme der Dringlicherklärung wird die Motion umgehend beraten. Das Vorgehen wird stillschweigend gutgeheissen.

Lorenz Held (FDP, Motionär): Ich mache es kurz. Der Text spricht ein Stück weit für sich. Wir beantragen deshalb Dringlichkeit, weil es die Möglichkeit gibt, den Ressourcenvertrag rasch abzuschliessen. Wir haben auch aus der letzten Diskussion und Abstimmung darüber gesehen, dass die Geschäfte Radar und Ressourcenvertrag ganz unterschiedliche Mehrheiten in unserem Parlament finden.

Deshalb haben wir den Antrag auch so, als Eventualantrag, gestellt.

Die Motion ist deshalb dringlich, damit wir rasch entschlossen handeln können und die Mittel rasch haben. Zur Erinnerung: Die Polizei kommt heute nicht präventiv zu uns, oder sie macht es teilweise aus Goodwill. Das weiss ich aus allerbesten Quelle; sie ist nicht im Saal. Mich hat auch das Gespräch, das ich mit der obersten Führung der Kantonspolizei geführt habe, ein bisschen erschreckt. Von dem her denke ich, es ist gerechtfertigt, dass man es rasch behandelt, sodass man bald sieht, wie der Gemeinderat diesbezüglich vorgehen kann. Danke vielmals.

Markus Bärtschi (Gemeinderat): Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit. Der Ressourcenvertrag wird dem Parlament gemäss eurem Beschluss zusammen mit der Beschaffung der Radargeräte noch in diesem Jahr erneut vorgelegt, mit dem Ziel des Inkrafttretens per 1. Januar 2027. Früher geht es auch mit der Motion nicht. Wie bei der ersten Behandlung ausgeführt, steht es dem Parlament offen, den Vertrag auch dann anzunehmen, wenn es die Beschaffung der Radargeräte ablehnt. Es sind separate Anträge, und eine Koppelung gibt es nur umgekehrt, sachlogisch: Keine Radargeräte ohne Vertrag. Ein Vertrag ohne Radargeräte ist à la carte offen. Der Gemeinderat hält zwar daran fest, dass er den Ressourcenvertrag ohne Geräte nicht möchte, weil er dann nicht finanziert ist, aber das Parlament kann es anders beurteilen.

Wir stehen in einem ständigen konstruktiven Austausch mit der Kantonspolizei und besprechen auch die laufende Entwicklung der Deliktstraten. Die im Vorstoss erwähnte Zunahme der angezeigten Delikte im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr ist zu einem grossen Teil auf Probleme mit Jugendlichen zurückzuführen, die es teilweise auch schon in die Medien geschafft haben und zu denen wir auch schon etwas gehört haben. Grosse Zuwachsraten weisen insbesondere die Kategorien Tötlichkeiten und Ladendiebstähle auf. Die ersteren verlangen primär nach Jugendarbeit und die letzteren hängen primär mit der Einführung der Selbstbedienungskassen zusammen und liegen generell im Verantwortungsbereich der Betreiber dieser Läden. Hinzu kommt, dass unsere Gemeinde seit längerem eine Sonderstellung bei Cyberkriminalität und Trickbetrug einnimmt. Das folgt aus dem höheren Durchschnittsalter und aus dem Wohlstand unserer Bewohner im Quervergleich. Wir sind attraktiver und gleichzeitig anfälliger.

Die generelle Zunahme in diesen Bereichen, die man an anderen Orten auch sieht, findet bei uns einfach auf höherem Niveau statt und schlägt deshalb auch viel mehr auf die Gesamtstatistik durch. Auch in diesem Bereich bringt Polizeipräsenz übrigens nichts. Prophylaxe muss überregional erfolgen, wie das auch passiert. Es ist mehr eine Mediengeschichte. Der Polizist kann den Enkelbetrug nicht verhindern, wenn er danebensteht.

Es kann jedenfalls nicht gesagt werden, dass ein akutes Sicherheitsproblem vorliegt, das nach dringlichen Massnahmen rufen würde, die nicht auch ohne Motion umgesetzt werden. Merci.

Fraktionserklärungen

Patricia Messerli (forum): Unsere Fraktion wird die Dringlichkeit ablehnen. Die Dringlichkeit setzt voraus, dass das Geschäft keinen Aufschub bis zur ordentlichen Behandlung duldet, und diese Voraussetzung ist hier nicht erfüllt. Erstens ist festzuhalten, dass der Gemeinderat respektive Markus Bärtschi letzten Oktober die Sicherheitslage in Muri-Gümligen ganz anders beurteilt haben. Ich zitiere aus dem Protokoll: «Der GR beantragt aber den Abschluss als Voraussetzung im Päcklein mit dem Radar. Ohne das sieht er zurzeit keinen Bedarf, zumal die Kosten nicht unbeträchtlich sind und finanziert wären. Wir sind der Auffassung, dass wir eine hohe Polizeipräsenz haben, insbesondere im Benchmark-Vergleich. Wir profitieren sehr stark vom Botschaftsschutz und haben in diesem Feld keinen Grund zu

klagen.»

Zweitens ist auch bei der Interpretation der Kriminalstatistik Vorsicht geboten. Markus hat sehr gut erklärt, weshalb diese Zahlen vielleicht in den letzten Jahren etwas höher sind. Die FDP verweist auf einen prozentualen Anstieg der Straftaten. Das kann schon sein. Aber ich habe die polizeiliche Kriminalstatistik hervorgeholt, die gerade erschienen ist. Darin sind wir im Vergleich mit Münsingen, Worb oder Ostermundigen, was die Häufigkeit und auch die Anzahl der Straftaten anbelangt, etwa im gleichen Bereich. Man muss auch wissen, dass beispielsweise ein Einbruch als drei Straftaten zählt, weil man den Hausfriedensbruch hat, man hat eine Sachbeschädigung, beispielsweise eines Fensters und einer Tür, und dann hat man noch einen Diebstahl. So kann es je nachdem gleich schon drei Straftaten geben, ohne dass es eigentlich mehr sind. Die anderen Gründe hat Markus schon sehr gut ausgeführt.

Drittens war lustigerweise heute bei uns in der Presseschau gerade der Artikel: «Kantone wollen mehr Polizisten, aber schon jetzt hat es zu wenige.» Also stellt sich für mich auch ein wenig die Frage der Umsetzbarkeit. Ich weiss nicht, wie man es machen will, wenn man den Ressourcenvertrag jetzt so schnell abschliessen würde. Das Polizeikorps in der Schweiz kämpft seit Jahren mit Personalengpässen. Auch die Kantonspolizei Bern ist davon betroffen.

Die Motion weckt Erwartungen, die kurzfristig gar nicht realisiert werden können. Aus diesem Grund lehnen wir die Dringlichkeit ab. Merci.

Raphaël Racine (SP): Die SP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ganz entschieden ab. Die erste Kritik, die ich habe, ist eher eine formelle Kritik an Lorenz oder auch an den Motionären. Ich war am Sonntag gerade mit meinen Kindern bei der Seehund-Fütterung, als ich von diesem Vorstoss gehört habe. Es wurde also sehr knapp eingegeben. Wenn wir heute über einen solchen Vorstoss eine seriöse Debatte führen wollen, dann brauchen wir mindestens eine vorbereitende Fraktionssitzung. Auch das Büro konnte es nicht richtig vorbereiten, weil die Sitzung jeweils am Freitag stattfindet.

Weiter ist Ziffer 2 sicher nicht dringlich. Markus Bärtschi hat es schon gesagt, aber man kommt auch selbst darauf. Am 19. Mai dieses Jahres haben wir dem Ressourcenvertrag inklusive Radargerät zugestimmt. Von dem her ging ich davon aus, dass das Geschäft sowieso noch in diesem Jahr kommt. Das heisst, wir rennen offene Türen ein. Das Geschäft wird eh vorgelegt. Vielleicht noch zur Erinnerung: Am 19. Mai haben wir über eine klare Verknüpfung zwischen den Radargeräten und dem Ressourcenvertrag abgestimmt. Das Parlament hat über diese Frage der Verknüpfung eigentlich entschieden. Dies als Klammerbemerkung.

Ziffer 3 ist noch viel weniger dringlich. Denn es handelt sich bei Ziffer 3 um eine abstimmungstaktische Frage. Es ist irgendwie nicht naheliegend, ich habe es vorhin schon erwähnt, dass man zuerst mit dem Ressourcenvertrag kommt und nachher mit den Radargeräten. Man könnte es auch verknüpfen. Man könnte, wie im Oktober 2025, als wir darüber abgestimmt haben, zuerst mit den Radargeräten kommen.

Das Einzige, was man vielleicht dringlich erklären kann, ist Ziffer 1. Ich möchte das nicht irgendwie kleinreden. Es ist natürlich so, es gibt Kriminalität. Deswegen haben wir ja auch diesen Ressourcenvertrag, den wir eingehen wollen. Aber ich selbst empfinde subjektiv die Sicherheitslage nicht als so schlimm, dass es jetzt gleich als dringlich erklärt werden muss, als müsste man, wenn wir es heute Abend nicht tun, beispielsweise das Parlament freischiessen.

Ich werde auch das Gefühl nicht los, die Dringlichkeit wurde vor allem deshalb beantragt, um bei der Abstimmung über den Ressourcenvertrag inklusive Radargeräte einen abstimmungstaktischen Vorteil zu erhalten. Ich finde es falsch, dass man ein Instrument der Dringlichkeit für abstimmungstaktische Spielereien braucht. Deshalb lehnt die SP-Fraktion die Dringlichkeit hier ab.

Lorenz Held (FDP, Motionär): Ich habe noch nie gesagt, dass wir Dringlichkeit beantragen, weil Gefahr in Verzug ist. Das habe ich nicht gesagt. Oder ich kann mich nicht daran erinnern, es ist vielleicht das Alter. Es geht nur darum, dass man die Möglichkeit schafft, den Ressourcenvertrag per 1. Januar 2027 in Kraft zu setzen. Man hört von Markus Bärtschi, es sei möglich, wenn wir im November darüber abstimmen. Da habe ich eine andere Information: Dass es mindestens drei Monate Vorlauf braucht. Unter der Voraussetzung, Markus, dass es so ist, oder im Glauben, dass es so ist, ziehen wir den Antrag auf Dringlichkeit zurück, damit wir jetzt in den Apéro gehen können. Die wahltaktischen Spielchen behalten wir für später auf. Danke vielmals.

Die Vorsitzende: Indem der Antrag auf Dringlichkeit zurückgezogen wurde, erübrigt sich auch die Abstimmung.

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Die nächste Sitzung findet am 15. September 2026 statt. Ich danke allen für ihr engagiertes Mitmachen bei den Wahlen, Abstimmungen und Voten. Ich danke den Grünen für den heutigen Apéro; in der Septembersitzung wird die SP den Apéro offerieren. Ich wünsche euch viele anregende Gespräche und schliesse die Sitzung.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

PARLAMENT MURI BEI BERN

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

Gaby Grossen

Corinne Schweizer

Anhang

Motion der Fraktionen Grüne und SP: Klimaanpassung Muri-Gümligen: Erarbeitung eines Hitzeplans

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Hitzeplan für Muri Gümligen zu entwickeln und erste Massnahmen zeitnah umzusetzen. Die Arbeiten sollen folgende Punkte umfassen:

1. Hitzeanalyse des Gemeindegebiets (Ist-Situation und Zukunftsszenario)
 - a. Daten auswerten (Klima-, Mess-, Gebäude- und Bevölkerungsdaten)
 - b. Gebiete mit hoher klimatischer Belastung und mit hoher vulnerabler Personendichte identifizieren
 - c. Priorisierung von Gebieten vornehmen
2. Ausarbeitung eines verbindlichen Massnahmen- und Zeitplans für Flächen im öffentlichen Besitz unter Berücksichtigung von Synergien zu anderen Hoch- und Tiefbauprojekten und mit sofortigem Umsetzungsstart erster Massnahmen.
3. Information und Beratung Privater, sofern identifizierte Flächen in Privatbesitz liegen.

Begründung

Muri-Gümligen schwitzt und bleibt vom globalen Klimawandel nicht verschont. Laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ist das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung global auf 1,5 Grad zu begrenzen, kaum mehr zu erreichen. Da sich Landflächen laut Weltklimarat (IPCC) doppelt so schnell aufheizen wie Ozeane, ist die Schweiz als Binnenland überdurchschnittlich betroffen: Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit hat sich unser Land gemäss aktuellen Messdaten (MeteoSchweiz) im Jahresschnitt bereits um rund 3,0 Grad Celsius erwärmt.

Auf dem aktuellen globalen 2-Grad-Pfad steigt die Schweizer Durchschnittstemperatur gemäss den neusten Klimaszenarien (CH2025 MeteoSchweiz) bis zur Mitte des Jahrhunderts auf +3,7 Grad. Die aktuellen Sommer-Hitzespitzen von 35 bis 37 Grad werden damit zur Normalität. Erwartet werden neue Sommer-Hitzespitzen von bis zu 39 Grad, Rekordwerte von bis zu 42 Grad und bis zu 15 Tropennächte pro Jahr.

Gemäss der nationalen Klima-Risikoanalyse des Bundes (BAFU) stellt die zunehmende Hitzebelastung das grösste Klimarisiko für die Schweiz dar. Wie Daten des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Instituts (Swiss TPH) zeigen, steigen das Krankheits- und Sterberisiko ab einer Tagesmitteltemperatur von 22 bis 25 Grad exponentiell an. Zudem nimmt laut Daten der Suva das Arbeitsunfallrisiko ab einer Temperatur von 30 Grad sprunghaft um rund 7% zu. Weil gemäss aktuellen Wirtschaftsdaten (Allianz Trade) ab 30 Grad auch die menschliche Produktivität mit jedem weiteren Grad um rund 3% einbricht, entwickelt sich Hitze zu einem massiven Kostenfaktor für Wirtschaft und Gesundheitssystem.

Die offiziellen Klimakarten des Kantons Bern zeigen für Muri-Gümligen deutlichen Handlungsbedarf. Bereits heute weisen viele Siedlungs- und Verkehrsflächen tagsüber eine starke Wärmebelastung auf. Bis zum Jahr 2060 verschiebt sich die Situation hin zu einer sehr starken bis extremen Belastung. Auch die Nachtsituation, welche für die Abkühlung und Regeneration besonders wichtig ist, kippt gemäss den Karten von mehrheitlich «günstig» zu mehrheitlich «ungünstig bis sehr ungünstig».

Unsere Siedlungs- und Strassenräume wurden für ein gemässigtes Klima gebaut und wirken heute als Hitzeinseln. Der Bund (BAFU) hält in seinem Handbuch «Hitze in Städten» fest, dass in der klimaangepassten Gestaltung des bestehenden

Aussenraums grosses Potenzial zur Hitzeminderung liegt.

Während viele Siedlungsflächen in Privatbesitz sind, kann die Gemeinde auf ihren eigenen Flächen direkt eine klimaangepasste Gestaltung sicherstellen. Aufgrund des grossen Handlungsbedarfs und folglich des hohen Umsetzungsaufwands ist es zentral, dabei gezielt vorzugehen. Massnahmen sollen in erster Priorität in Gebieten mit dem grössten Handlungsdruck und dort, wo sich Synergien zu anderen Planungs- und Bauprojekten ergeben, umgesetzt werden. Um diese Gebiete und Synergien frühzeitig zu erkennen, benötigt es den Hitzeplan.

Mit der klaren Annahme des nationalen Klima- und Innovationsgesetzes im Jahr 2023 hat sich die Stimmbevölkerung explizit für Klimaanpassungsmassnahmen ausgesprochen. Muri-Gümligen muss hier seiner Verantwortung und Vorbildrolle als Energiestadt gerecht werden. Vulnerable Personen wie Seniorinnen, Kranke und Kleinkinder müssen geschützt und die Lebensqualität und die Standortattraktivität unserer Gemeinde für Einwohnende und für das Gewerbe und die Industrie gesichert werden.

Gümligen, 18. August 2026 Sandra Perler (Grüne), Angelo Zaccaria (SP)

V. Legler, L. Arnold, H. Gashi, M. Koelbing, S. Anliker, E. Liechti, M. Zwahlen,
N. Zurlinden, C. Engel, S. Fankhauser, R. Racine, H. Beck, F. Grossenbacher (15)

Motion der Fraktionen Grüne und SP: Klimaanpassung Muri-Gümligen: Umsetzung konkreter Massnahmen

Der Gemeinderat wird beauftragt, folgende konkreten Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel umzusetzen:

1. Die Baumkronenabdeckung im Siedlungsgebiet mit einer jährlichen Steigerungsquote von mindestens 0.5 % bis zum Jahr 2050 auf 25 % steigern (Referenzjahr 2026).
2. Die versiegelte öffentliche Fläche mit einer jährlichen Entsiegelungsquote von mindestens 0.5% bis zum Jahr 2050 um 15 % reduzieren (Referenzjahr 2026).
3. Laufendes Controlling und jährliches Reporting zuhanden des Parlaments.

Begründung

Muri-Gümligen schwitzt und bleibt vom globalen Klimawandel nicht verschont. Laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ist das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung global auf 1,5 Grad zu begrenzen, kaum mehr zu erreichen. Da sich Landflächen laut Weltklimarat (IPCC) doppelt so schnell aufheizen wie Ozeane, ist die Schweiz als Binnenland überdurchschnittlich betroffen: Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit hat sich unser Land gemäss aktuellen Messdaten (MeteoSchweiz) im Jahresschnitt bereits um rund 3,0 Grad Celsius erwärmt.

Auf dem aktuellen globalen 2-Grad-Pfad steigt die Schweizer Durchschnittstemperatur gemäss den neusten Klimaszenarien (CH2025 MeteoSchweiz) bis zur Mitte des Jahrhunderts auf +3,7 Grad. Die aktuellen Sommer-Hitzespitzen von 35 bis 37 Grad werden damit zur Normalität. Erwartet werden neue Sommer-Hitzespitzen von bis zu 39 Grad, Rekordwerte von bis zu 42 Grad und bis zu 15 Tropennächte pro Jahr.

Gemäss der nationalen Klima-Risikoanalyse des Bundes (BAFU) stellt die zunehmende Hitzebelastung das grösste Klimarisiko für die Schweiz dar. Wie Daten des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Instituts (Swiss TPH) zeigen, steigen das Krankheits- und Sterberisiko ab einer Tagesmitteltemperatur von 22 bis 25 Grad exponentiell an. Zudem nimmt laut Daten der Suva das Arbeitsunfallrisiko ab einer Temperatur von 30 Grad sprunghaft um rund 7% zu. Weil gemäss aktuellen Wirtschaftsdaten (Allianz Trade) ab 30 Grad auch die menschliche Produktivität mit jedem weiteren Grad um rund 3% einbricht, entwickelt sich Hitze zu einem massiven Kostenfaktor für Wirtschaft und Gesundheitssystem.

Die offiziellen Klimakarten des Kantons Bern zeigen für Muri-Gümligen deutlichen Handlungsbedarf. Bereits heute weisen viele Siedlungs- und Verkehrsflächen tagsüber eine starke Wärmebelastung auf. Bis zum Jahr 2060 verschiebt sich die Situation hin zu einer sehr starken bis extremen Belastung. Auch die Nachtsituation, welche für die Abkühlung und Regeneration besonders wichtig ist, kippt gemäss den Karten von mehrheitlich «günstig» zu mehrheitlich «ungünstig bis sehr ungünstig».

Unsere Siedlungs- und Strassenräume wurden für ein gemässigttes Klima gebaut und wirken heute als Hitzeinseln. Der Bund (BAFU) hält in seinem Handbuch «Hitze in Städten» fest, dass in der klimaangepassten Gestaltung des bestehenden Aussenraums grosses Potenzial zur Hitzeminderung liegt.

Während viele Siedlungsflächen in Privatbesitz sind, kann die Gemeinde auf ihren eigenen Flächen direkt eine klimaangepasste Gestaltung sicherstellen. Vor allem das weitläufige, stark belastete Strassennetz bietet erhebliches Potenzial: Strassenräume und Plätze werden täglich intensiv von zu Fussgehenden und Velofahrenden genutzt und dienen als Orte des sozialen Lebens. Zudem strahlen sie Hitze direkt an angrenzende Wohn- und Arbeitsflächen ab. Die Umgestaltung,

Teilentsiegelung und konsequente Begrünung dieser Räume ist deshalb ein entscheidender Schlüssel zur Hitzeminderung.

Beim Hitzeschutz zählt jeder Tag, da wirksame Massnahmen lange Vorlaufzeiten benötigen. So braucht ein neu gepflanzter Baum rund 30 Jahre, bis er seine maximale Kühlleistung entfaltet. Laut der Eidgenössischen Forschungsanstalt WSL ist die gefühlte Temperatur im Schatten von Bäumen bis zu 7 Grad kühler als in der prallen Sonne. Bei der Entsiegelung kommt es auf die gewählte Oberfläche an: Von Pflastersteinen über Kies bis hin zu Grünflächen sinkt die Oberflächentemperatur im Sommer um 15 bis zu 40 Grad im Vergleich zu Asphalt.

Da der Gesamterneuerungszyklus von Strassen 30 bis 50 Jahre beträgt, zementiert jede heutige Planung, welche den Hitzeaspekt nicht berücksichtigt, die Hitze für Jahrzehnte. Spätere Korrekturen erfordern teure Extra-Baustellen, was wirtschaftlich unvernünftig ist. Der aktuelle Fernwärmeausbau in Muri-Gümligen mit den damit verbundenen Strassenarbeiten stellt beispielsweise die ideale Gelegenheit dar, um entsprechende Massnahmen direkt und kosteneffizient umzusetzen. Aktuelle Projekte wie die geplante Sanierung der Tannackerstrasse, bei der keine Entsiegelungen und Baumpflanzungen vorgesehen sind, zeigen, dass die Gemeinde das Thema Klimaanpassung zu wenig konsequent verfolgt.

Um die Anpassung an den Klimawandel bis zur Jahrhundertmitte zu erreichen und alltägliche Sommertemperaturen von 35 bis 37 Grad und Hitzespitzen von bis zu 39 Grad erträglich zu machen, sind wirksame, realistische Zielwerte und ein klares Controlling notwendig. Die geforderten Quoten für die Baumkronenabdeckung und die Entsiegelung orientieren sich an der Praxis anderer Schweizer Gemeinden sowie an wissenschaftlichen Standards wie dem «3-30-300»-Prinzip des renommierten Stadtforstexperten Cecil Konijnendijk.

Mit der klaren Annahme des nationalen Klima- und Innovationsgesetzes im Jahr 2023 hat sich die Stimmbevölkerung explizit für Klimaanpassungsmassnahmen ausgesprochen. Muri-Gümligen muss hier seiner Verantwortung und Vorbildrolle als Energiestadt gerecht werden. Vulnerable Personen wie Seniorinnen, Kranke und Kleinkinder müssen geschützt und die Lebensqualität und die Standortattraktivität unserer Gemeinde für Einwohnende und für das Gewerbe und die Industrie gesichert werden.

Gümligen, 18. August 2026

Sandra Perler (Grüne), Angelo Zaccaria (SP)

V. Legler, L. Arnold, H. Gashi, M. Koelbing, S. Anliker, E. Liechti, M. Zwahlen,
N. Zurlinden, C. Engel, S. Fankhauser, R. Racine, H. Beck, P. Messerli,
A. Müller Kearns, F. Grossenbacher (17)

Motion der Fraktionen Grüne und SP: Klimaanpassung Muri-Gümligen: zukunftsfähig Planen und Bauen

Der Gemeinderat wird mit folgenden Arbeiten beauftragt, um eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung zu sichern:

1. Gebietsentwicklungen
 - a. Optimierung laufender Planungen: Aktuelle, noch nicht rechtskräftige Gebietsentwicklungen mittels moderner computergestützter Klimasimulationen auf ihre Klimaresilienz untersuchen und bei Bedarf nachbessern.
 - b. Standard für künftige Planungen: Mikroklimatische Untersuchungsmethoden von Beginn an in Planungsverfahren einplanen.
2. Bauprojekte
 - a. Unterstützung für die Praxis: Einen Leitfaden für klimaangepasste Architektur und Umgebungsgestaltung erarbeiten und diesen Bauwilligen und Planungsbüros aktiv zur Verfügung stellen.
 - b. Verbindliche Vorgaben: Bei der nächsten ordentlichen Teilrevision des Baureglements griffige Bestimmungen zu klimaangepasster Architektur aufnehmen.

Begründung

Muri-Gümligen schwitzt und bleibt vom globalen Klimawandel nicht verschont. Laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ist das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung global auf 1,5 Grad zu begrenzen, kaum mehr zu erreichen. Da sich Landflächen laut Weltklimarat (IPCC) doppelt so schnell aufheizen wie Ozeane, ist die Schweiz als Binnenland überdurchschnittlich betroffen: Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit hat sich unser Land gemäss aktuellen Messdaten (MeteoSchweiz) im Jahresschnitt bereits um rund 3,0 Grad Celsius erwärmt.

Auf dem aktuellen globalen 2-Grad-Pfad steigt die Schweizer Durchschnittstemperatur gemäss den neusten Klimaszenarien (CH2025 MeteoSchweiz) bis zur Mitte des Jahrhunderts auf +3,7 Grad. Die aktuellen Sommer-Hitzespitzen von 35 bis 37 Grad werden damit zur Normalität. Erwartet werden neue Sommer-Hitzespitzen von bis zu 39 Grad, Rekordwerte von bis zu 42 Grad und bis zu 15 Tropennächte pro Jahr.

Gemäss der nationalen Klima-Risikoanalyse des Bundes (BAFU) stellt die zunehmende Hitzebelastung das grösste Klimarisiko für die Schweiz dar. Wie Daten des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Instituts (Swiss TPH) zeigen, steigen das Krankheits- und Sterberisiko ab einer Tagesmitteltemperatur von 22 bis 25 Grad exponentiell an. Zudem nimmt laut Daten der Suva das Arbeitsunfallrisiko ab einer Temperatur von 30 Grad sprunghaft um rund 7 % zu. Weil gemäss aktuellen Wirtschaftsdaten (Allianz Trade) ab 30 Grad auch die menschliche Produktivität mit jedem weiteren Grad um rund 3 % einbricht, entwickelt sich Hitze zu einem massiven Kostenfaktor für Wirtschaft und Gesundheitssystem.

Die offiziellen Klimakarten des Kantons Bern zeigen für Muri-Gümligen deutlichen Handlungsbedarf. Bereits heute weisen viele Siedlungs- und Verkehrsflächen tagsüber eine starke Wärmebelastung auf. Bis zum Jahr 2060 verschiebt sich die Situation hin zu einer sehr starken bis extremen Belastung. Auch die Nachtsituation, welche für die Abkühlung und Regeneration besonders wichtig ist, kippt gemäss den Karten von mehrheitlich «günstig» zu mehrheitlich «ungünstig bis sehr ungünstig».

Unsere Siedlungs- und Strassenräume wurden für ein gemässigttes Klima gebaut und wirken heute als Hitzeinseln. Künftig müssen neue Planungen konsequent auf das wärmere Klima ausgerichtet sein. Da tiefgreifende Gebäudesanierungen oft erst nach 30 bis 50 Jahren anstehen, ist vorausschauendes Planen zentral. Nötig ist ein Städtebau, der Kaltluftströme sichert, Freiräume durch Beschattung und Verdunstung kühlt sowie emissionsneutrale Bauten realisiert, die keine Hitze an die Umgebung abstrahlen und im Innern kühl bleiben.

In unserer Gemeinde werden ganze Gebiete wie das «Lischenmoos» oder «Hinter Füllerich» neu entwickelt. Dies ist nicht alltäglich und für die langfristige Gemeindeentwicklung von grosser Tragweite. Dabei ist die Klimaresilienz ein entscheidender Faktor für den Erfolg der Projekte. Gerade wegen dieser grossen Tragweite zahlt sich die Anwendung modernster Methoden aus, da damit zukunftsfähige Entwicklungen gesichert werden können.

Generell bieten mikroklimatische Analysen eine zentrale Grundlage für Gebietsentwicklungen. Bereits vor Planungsbeginn sollten die kantonalen Klimakarten mit Fachexperten gespiegelt und bei Bedarf tiefergehende digitale Modellierungen durchgeführt werden. In den anschliessenden Planungsverfahren sollten Bebauungsszenarien virtuell simuliert und vorgesehene Massnahmen wie Begrünung, Verschattung oder Frischluftschneisen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Da die Expertise aus Architektur und Landschaftsarchitektur allein oft nicht mehr ausreicht, ist der Beizug spezialisierter Planungsbüros mit meteorologischem Fachhintergrund zentral – auch in Jurys oder bei der Ausarbeitung von Vorschriften.

Konkrete Bauprojekte stehen ebenfalls im Fokus. Viel zu oft entstehen Bauten, die sich im Sommer negativ auf die Umgebung auswirken oder sich im Innern stark aufheizen – etwa durch geringe thermische Speichermasse, dunkle Materialien oder Treppenhäuser, die sich schlecht Lüften lassen. Die Sensibilität und das Wissen für klimaangepasstes Bauen sind zu wenig verankert; es braucht eine wirksame Mischung aus Information und Vorschriften. Das aktuell vorgesehene Baureglement macht hierzu zu vage Vorgaben: Zwar will Art. 1a eine Bautätigkeit im Sinne der Klimaanpassung sicherstellen, griffige Artikel fehlen hingegen.

Mit der klaren Annahme des nationalen Klima- und Innovationsgesetzes im Jahr 2023 hat sich die Stimmbevölkerung explizit für Klimaanpassungsmassnahmen ausgesprochen. Muri-Gümligen muss hier seiner Verantwortung und Vorbildrolle als Energiestadt gerecht werden. Vulnerable Personen wie Seniorinnen, Kranke und Kleinkinder müssen geschützt und die Lebensqualität und die Standortattraktivität unserer Gemeinde für Einwohnende und für das Gewerbe und die Industrie gesichert werden.

Gümligen, 18. August 2026

Sandra Perler (Grüne), Angelo Zaccaria (SP)

V. Legler, L. Arnold, H. Gashi, M. Koelbing, S. Anliker, E. Liechti, M. Zwahlen,
N. Zurlinden, C. Engel, S. Fankhauser, R. Racine, H. Beck, F. Kearns,
F. Grossenbacher (16)

Motion Soder (FDP), Müller (FDP), Held (FDP): Sicheres Muri-Gümligen dank einem Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei Bern

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Aufzuzeigen, wie er umgehend die Sicherheit in der Gemeinde mit Einsatz von zusätzlichen Ressourcen sicherstellen kann, bis der Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei Bern abgeschlossen ist.
2. Den im Rahmen des Geschäfts «semimobile Radargeräte» bereits weitgehend verhandelten Vertrag separat und unabhängig vom Geschäft für die semimobilen Radargeräte per 1. 1. 2027 abzuschliessen und rechtzeitig dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen.
3. Eventualantrag im Falle einer Ablehnung von Punkt 2 der Motion: Das Geschäft für den Ressourcenvertrag ist dem Parlament als erstes und getrennt vom Geschäft für die Radargeräte vorzulegen.

Begründung

Unsere Gemeinde erlebt einen wesentlichen Anstieg von Straftaten (2025 + 15%, seit 2021 + 56%) was dem allgemeinen Trend im Kanton Bern (2025 –4%) widerspricht. Damit verstetigt ein Trend, welcher in den letzten Jahren leider festzustellen ist. Muri-Gümligen ist nicht nur im kantonalen Durchschnitt angekommen, die Kriminalitätsrate übersteigt nun den Wert einiger unserer Nachbargemeinden.

Die FDP setzt auf möglichst wenig Regulierung und Repression. Die Entwicklung beunruhigt allerdings unsere Bevölkerung und die Situation erfordert rasches und konsequentes Handeln. Wir sehen den präventiven Einsatz durch die Kantonspolizei Bern, sowohl was die Durchsetzungskraft als auch was die Glaubwürdigkeit betrifft als die beste Lösung.

Der Ressourcenvertrag ist Voraussetzung für das Geschäft „semimobile Radargeräte“, umgekehrt besteht hingegen kein zwingender Zusammenhang. Mit der Entkoppelung der beiden Geschäfte kann nicht nur rasch auf die sich verschlechternde Sicherheitssituation reagiert werden, sondern auch den sehr unterschiedlichen politischen Mehrheiten der beiden Geschäfte Rechnung getragen werden.

Muri bei Bern, 18. August 2026

Rolf Soder, Alan Müller, Lorenz Held

T. Balmer, R. Weibel, A. Scherrer, J. Reich, S. Eugster, B. Legler,
A. Althaus Stämpfli, A. Bless (11)

Postulat Racine (SP): Autofreie und autoärmere Tage in Muri-Gümligen

Der Gemeinderat wird in Abstimmung mit den Quartiersleuten gebeten, folgende Massnahmen für ein autoärmeres Muri-Gümligen zu prüfen:

1. **«Autofreies Quartier».** In einem oder mehreren Quartieren wird eine grössere Strasse oder ein bestimmter Perimeter ohne ÖV an einem Tag pro Jahr autofrei. Projektideen werden dabei von der Bevölkerung (z. B. Quartiersleuten) eingereicht.
2. **«Auto-frei-willig».** Hier wird auf freiwilliges Engagement auf dem ganzen Gemeindegebiet gesetzt. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Muri-Gümligen lassen ihr Auto oder ihr Motorrad zu Hause und sind zu Fuss, mit dem Velo oder dem ÖV unterwegs. Sie setzen damit ein Zeichen für eine autofreiere Gemeinde (vgl. dazu die 31-Days-Challenge von Winterthur).
3. Die Einrichtung **temporär verkehrsfreier Strassenabschnitte**, z. B. von 1800 Uhr bis 0400 Uhr, während des Sommers oder dem ganzen Jahr.
4. Einrichtung einer **«autofreien Hauptachse»**. Ein Perimeter einer stark befahrenen, zentralen Strasse wird an einem Tag pro Jahr für den motorisierten Verkehr gesperrt.

Begründung

Die Einrichtung autofreier Tage und autoarmer Strassen ist ein gutes Mittel, die Bevölkerung für klimafreundliche Mobilität zu sensibilisieren, festgefahrene Denkmuster aufzubrechen, das soziale Leben in der Gemeinde zu fördern und an Lebensqualität zu gewinnen. Autofreie Tage oder verkehrsarme Strassen ermöglichen es der Bevölkerung, die Strasse wiederzugewinnen und mit Leben zu füllen: Begegnungen, Spiele, Sport, Grillevents und vieles mehr wären denkbar. Die Förderung alternativer Verkehrsmittel zum Auto oder Motorrad tut auch unserer Gesundheit gut. Weniger Lärm, weniger Abgase, mehr Verkehrssicherheit und mehr Bewegung.

Um das Klima zu schützen, ist zudem eine schnelle und deutliche Senkung der Treibhausgasemissionen notwendig. Gerade im Bereich Mobilität gibt es diesbezüglich noch viel zu tun. Ein grosser Anteil an den direkten CO₂-Emissionen wird in der Schweiz durch die Mobilität verursacht. Wer vermehrt zu Fuss, mit dem Velo oder mit dem öffentlichen Verkehr statt mit dem Auto unterwegs ist, leistet einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Emissionen. Und: Selbstverständlich ist bei allen Projekten darauf zu achten, dass es beim betroffenen Perimeter eine Ausnahmeregelung gibt (z. B. für Blaulichtorganisationen).

Es ist abschliessend darauf hinzuweisen, dass die im Postulat vorgeschlagenen Massnahmen in anderen Gemeinden/Städten bereits erfolgreich getestet wurden. Betreffend temporär verkehrsfreier Strassenabschnitte siehe die Stadt Bern, Medienmitteilung «Mittelstrasse und Zähringerstrasse werden zum Begegnungsort», und betreffend Konzept für autofreie Tage, siehe das Beispiel der Stadt Winterthur, Medienmitteilung «Vier autofreie Tage für Winterthur». Die Evaluation des Projekts in Winterthur hat zudem sehr gute Resultate ergeben, sodass das Projekt weitergeführt wird, siehe Medienmitteilung «Autofreie Tage im Quartier».

Gümligen, 18. August 2026

Raphaël Racine

C. Engel, S. Fankhauser, H. Beck, P. Messerli, F. Kearns, S. Anliker, E. Liechti, M. Sager, M. Zwahlen, N. Zurlinden, L. Arnold, V. Legler, S. Perler, H. Gashi, M. Koelbing, S. Eugster, R. Soder, G. Grossen (19)

Interpellation Anliker (forum), Grossen (forum): Brandschutzkontrolle in der Gemeinde Muri-Gümligen in öffentlich zugänglichen Gebäuden

Die Brandkatastrophe in Crans-Montana hat die Bedeutung eines wirksamen Brandschutzes sowie klar geregelter Verantwortlichkeiten bei der Prävention, Kontrolle und Durchsetzung von Brandschutzvorschriften eindrücklich aufgezeigt.

Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Kontrollen von Brandschutzmassnahmen
Welche Stellen sind für die Kontrolle der Brandschutzmassnahmen in gemeindeeigenen Gebäuden (insbesondere Schulhäusern, Gemeindeverwaltung, Sportanlagen und weiteren öffentlichen Gebäuden) sowie in öffentlich zugänglichen privaten Gebäuden (z.B. Restaurants, Hotels, Versammlungsstätten) zuständig? In welchen zeitlichen Abständen erfolgen diese Kontrollen?
2. Nachkontrollen bei festgestellten Mängeln
Welche Behörde oder Stelle ist dafür verantwortlich, die Behebung festgestellter Brandschutzmängel zu überwachen und gegebenenfalls Nachkontrollen durchzuführen? Wie wird sichergestellt, dass angeordnete Massnahmen fristgerecht umgesetzt werden?
3. Evakuierungsplanung und Übungen
4. Wer ist für die Prüfung und Aktualisierung von Evakuierungs- und Notfallkonzepten in gemeindeeigenen Gebäuden verantwortlich? Werden regelmässige Evakuierungsübungen durchgeführt, insbesondere in Schulhäusern, und wer überwacht deren Durchführung?
5. Einhaltung von Belegungsgrenzen
Wer trägt bei Veranstaltungen in gemeindeeigenen Räumlichkeiten (z.B. Aula, Turnhallen oder dem Mattenhofsaal) die Verantwortung für die Einhaltung der zulässigen Personenzahlen und weiterer brandschutzrelevanter Auflagen? Wie wird die Einhaltung dieser Vorgaben kontrolliert?

Muri-Gümligen, 18. August 2026

Sophia Anliker, Gaby Grossen

F. Kearns, P. Messerli, H. Beck, C. Engel, N. Zurlinden, M. Zwahlen, M. Sager, E. Liechti, M. Koelbing, H. Gashi, S. Perler, V. Legler, L. Arnold, A. Zaccaria, A. Bless, A. Althaus Stämpfli, B. Legler, S. Eugster, A. Müller Kearns, J. Schenk (22)

Interpellation Fraktion Grüne: Hitzeschutz für Mitarbeitende der Gemeinde und externen Unternehmen, die im Auftrag der Gemeinde Muri-Gümligen arbeiten

Die Zahl der Hitzetage nimmt stetig zu. Bis Mitte August gab es in der Region Bern bereits 43 Hitzetage mit Rekordwerten von 30 Grad Celsius oder mehr. Die Hitze belastet Mensch und Umwelt. Für Menschen, die in körperlich anstrengenden Berufen und in wenig geschützten Räumen arbeiten, ist die Arbeit mit starken gesundheitlichen Risiken verbunden. Besonders betroffen sind Menschen, die im Freien arbeiten, aber auch zahlreiche Beschäftigte in Produktionshallen, Wäschereien, Küchen, Lagerhallen oder Verkaufsräumen.

Sehr stark betroffen sind Arbeiter:innen von externen wie eigenen Tochterunternehmen wie GBM, die im Strassenunterhalt und Strassenbau, bei baulichen Unterhaltsarbeiten und auf Hochbau-Projekten und unter hoher körperlicher Belastung im Freien schuften. Laut Landesmantelvertrag (LMV), dem Gesamtarbeitsvertrag für Baugewerbe, muss die Arbeit bei Gesundheitsgefährdung eingestellt werden.

In der Praxis verhindern das jedoch oft starre Fristen und drohende Konventionalstrafen. Bauunternehmen führen schwere Arbeiten bei extremer Hitze fort, um finanzielle Sanktionen zu vermeiden. Dieser Druck unterläuft den Gesundheitsschutz direkt.

Die Gemeinde Muri-Gümligen vergibt Strassenbau-, Unterhalts- und öffentliche Bauprojekte in der Regel an externe Firmen. Als öffentliche Auftraggeberin und Bauherrin trägt sie die Mitverantwortung für die Arbeitsbedingungen auf ihrem Gemeindegebiet und muss eine klare Vorbildfunktion einnehmen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es in den Werkverträgen der Gemeinde für Bau- und Infrastrukturprojekte Klauseln, die sicherstellen, dass Konventionalstrafen an extremen Hitzetagen ab 30 °C ausgesetzt und hitzebedingte Ausfalltage an die Bauzeit angerechnet werden?
2. Wie überprüft die Gemeinde als Bauherrin auf ihren Baustellen und Strassenbauprojekten vor Ort, ob die beauftragten Firmen die Suva-Richtlinien zum Hitzeschutz (z. B. stündliche 15-minütige Schattenpausen ab 33 °C) tatsächlich einhalten?
3. Der Gesundheitsschutz bei Hitzewellen erfordert meteorologische Daten, die eine Planung ermöglichen. Unterstützt der Gemeinderat die Einführung entsprechender Instrumente und deren Veröffentlichung (z.B. in Form von digitalen Apps wie in gewissen Kantonen bereits vorhanden)? Kann sich der Gemeinderat gegenüber dem Kanton für deren Einführung einsetzen?
4. In Bezug auf eigenes Personal; nimmt die Gemeinde als Arbeitgeber: in die Fürsorgepflicht gegenüber Arbeitnehmenden, die direkt oder indirekt (via Tochterunternehmen) für die Gemeinde arbeiten? Gibt es Schutzkonzepte und sind diese bekannt?
5. Gibt es Massnahmen zum Schutz von Mitarbeitenden in Kantinen, Küchen, Wäschereien, die für und mit der Gemeinde eng zusammenarbeiten?

Muri-Gümligen, 18. August 2026

Hilmi Gashi

S. Perler, V. Legler, L. Arnold, A. Zaccaria, N. Zurlinden, M. Zwahlen, M. Sager, E. Liechti, S. Anliker, R. Lauper (11)

Interpellation Fraktion Grüne: Wasserverbrauch in der Gemeinde im Hitzesommer 2026

Am 24. Juni riefen die gemeindeeigenen Betriebe gbm mit einer Medienmitteilung die Bevölkerung dazu auf, die Bewässerung und die Bewirtschaftung von Pools auf das Minimum zu reduzieren. Grund dafür war der rekordhohe Wasserverbrauch von 6000 m³/Tag. Dieser Wert liegt deutlich über den Spitzenwerten der vergangenen Jahre. Gerechnet pro Einwohner:in von Muri-Gümligen entspricht das einem täglichen Wasserverbrauch von über 450 Litern! Das muss uns Sorge machen. Trinkwasser ist lebensnotwendig und ein sorgfältiger Umgang damit in Zeiten des Klimawandels unabdingbar.

Wir bitten den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch war der Wasserverbrauch in unserer Gemeinde in den Sommermonaten 2026 (Juni, Juli, August)
2. Kann der Gemeinderat Aussagen machen zur Verteilung des Wasserverbrauchs?
3. Wieviel Wasser bezieht das Gewerbe, die Landwirtschaft, Privatpersonen und die Gemeinde?
4. Welches sind die höchsten Wasserverbraucher?
5. Wird der Rasen im Muribad mit Trinkwasser bewässert und wie hoch ist der Verbrauch?
6. Wie viel Wasser wird für die Bewässerung von Sportrasen auf dem Gemeindegebiet verwendet?
7. Wieviel Wasser geht im Netz aktuell verloren durch undichte Leitungen?
8. Welche Anreize zum Wassersparen gibt es in unserer Gemeinde bisher?
9. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, das Sammeln und Verwenden von Regenwasser zu fördern bei gemeindeeigenen Aktivitäten und bei Privatpersonen?
10. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, das Wiederverwenden von Grauwasser (leicht verschmutztes Abwasser z. B. für WC-Spülung) auf gemeindeeigenen Liegenschaften einzuführen und im Privaten zu fördern?

Muri, 18. August 2026

Franziska Grossenbacher

H. Gashi, S. Perler, V. Legler, L. Arnold, A. Zaccaria, N. Zurlinden, M. Zwahlen, M. Sager, E. Liechti, S. Anliker, R. Racine, S. Fankhauser, C. Engel, G. Kaczala, S. Eugster, A. Müller Kearns (17)

Interpellation Fankhauser (SP), Legler (FDP): Sommerlicher Hitzeschutz und Raumklima im sanierten Gemeindehaus

Das Gemeindehaus wurde für rund 14 Millionen Franken umfassend saniert. Während der aktuellen Hitzeperioden zeigt sich jedoch, dass sich verschiedene Räumlichkeiten stark aufheizen und das Raumklima teilweise als belastend empfunden wird. Offizielle Stellen geben als Maximaltemperatur für Räume, in denen sitzend gearbeitet wird, mit 26° an, das SECO mit 28°.

Angesichts zunehmend häufiger und intensiver Hitzeperioden ist es wichtig, dass ein kürzlich saniertes öffentliches Gebäude auch im Sommer ein angemessenes Raumklima gewährleistet. Dies betrifft insbesondere die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeitenden; denn es muss unser Anliegen sein, das Gesundheitsrisiko zu minimieren, um Krankheitsausfälle zu vermeiden. Zudem stellt sich die Frage, welche Anforderungen an den sommerlichen Wärmeschutz bei der Planung und Umsetzung der Sanierung berücksichtigt wurden.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, Auskunft darüber zu erteilen,

- wie er den hohen Temperaturen in den Räumlichkeiten des Gemeindehauses zum Wohle der Mitarbeitenden zu begegnen gedenkt.
- ob in der Planung Überlegungen für zukünftige Hitzesommer eingeflossen sind.
- ob die Gebäudesanierung eine entsprechende Kühlung bereits vorgesehen hatte.
- ob bereits bauliche oder betriebliche Anstrengungen zur Kühlung des Gebäudes unternommen worden sind resp. unternommen werden.
- wie das Personal mit dieser Situation umgeht resp. umgehen soll.

Muri bei Bern, 18. August 2026 Suzanne Fankhauser (SP), Bettina Legler (FDP)

R. Soder, A. Althaus Stämpfli, M. Koelbing, H. Gashi, S. Perler, V. Legler, L. Arnold, A. Zaccaria, N. Zurlinden, M. Zwahlen, M. Sager, E. Liechti, S. Anliker, F. Kearns, G. Grossen (17)